Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 109. **Halle, Mittwoch den 15. Mai 1918.** **2. Jahrgang.**

Das gleiche Wahlrecht in Preußen abgelehnt!

Die Auflösung des Abgeordnetenhauses in Aussicht!

Eine Wahlrechtsvorlage ohne Wahlrecht! Das ist nun das vorläufige Ergebnis: das Abgeordnetenhaus hat die Verfassungsvorlagen in allen drei Lesungen erledigt, ist aber nicht imstande gewesen, zu einem Beschluß über das Wahlrecht selbst zu kommen. Sowohl das gleiche Wahlrecht, als auch der Antrag Lohmann und schließlich das in zweiter Lesung beschlossene Mehrstimmenwahlrecht sind in namentlichen Abstimmungen abgelehnt worden und das ganze umfangreiche Mantelgesetz mit seinem vielfältigen Inhalt enthält vom Wahlrecht nur die Erfordernisse, den Ausschluß davon und die Bestimmung, daß die Wahl geheim sei, aber nicht, wie viel Stimmen jeder Wähler hat und ob in Klassen und indirekt, oder gleich und direkt gewählt wird.

Als die dritte namentliche Abstimmung vorbei und auch das Pluralwahlrecht abgelehnt war, gab der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg die Erklärung ab, daß die Staatsregierung an dem gleichen Wahlrecht unverrückbar festhalte, jedoch erst noch das Herrenhaus über die Verfassungsreform beraten lassen wolle; sollte dieses Verfahren innerhalb gemessener Frist nicht zur endgültigen Annahme des gleichen Wahlrechts führen, so wird das Haus zu dem ersten Zeitpunkt aufgelöst werden, zu dem dies mit der Kriegslage verträglich ist. Es dürfte also nach mindestens zwei Monate dauern, ehe sich das Schicksal des Abgeordnetenhauses erfüllen wird.

* * *

Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Drews, Hergt.

Die Aussprache wird bei dem zurückgestellten Artikel II fortgesetzt. Danach wird u. a. ein Verständigungsausschuß aus Mitgliedern beider Häuser gebildet, wenn die Erste Kammer einem Beschluß des Abgeordnetenhauses zum Haushaltsplan nicht beitritt.

Dazu liegt ein Antrag Dr. Porsch (Zentr.) vor. Er verlangt die Durchzählung beider Häuser, wenn eines der beiden Häuser den Haushaltplan im ganzen ablehnt, nach dem Zusammentritt des Verständigungsausschusses. Bei den Durchzählungen sollen nur so viel Mitglieder der Ersten Kammer stimmberechtigt sein, als die Mitgliederzahl des Abgeordnetenhauses beträgt. Die Herabsetzung der Stimmenzahl der Mitglieder der Ersten Kammer erfolgt durch Ausscheidung der erforderlichen Zahl der zuletzt berufenen Mitglieder.

Der Zentrumsantrag wird mit dem Artikel II angenommen.

Artikel III wird angenommen.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

§ 1, der feststellt, wer wahlberechtigt ist, wird ohne Aussprache angenommen.

§ 2 behandelt den Ausschluß von der Wahlberechtigung.

Abg. Leinert (Soz.): Den Ausschluß vom Wahlrecht haben wir in der zweiten Lesung bereits ausführlich behandelt. Neben dem Reichsstrafgesetzbuch soll gar noch ein besonderer Verlust des Wahlrechts neben dem allgemein festgesetzten Verlust geschaffen werden, indem auch bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte immer das Wahlrecht entzogen werden soll. Auf diese Weise wollen Sie mit aller Boshaftigkeit die Zahl der Wähler vermindern. Selbst bei Vorliegen der durchschlagendsten Gründe für eine Begnadigung wollen Sie das Wahlrecht aberkennen. Während die letzte Amnestie Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr umfaßte, soll hier schon durch Strafen von 6 Monaten das Wahlrecht für 5 Jahre verloren werden. Denselben Charakter hat der Ausschluß wegen rückständiger Steuern. Es gibt wahrlich genug Fälle, in denen der Betreffende außerstande ist, die schuldige Steuer zu bezahlen. Diejenigen, die ihr Vermögen verloren haben oder sonst in Notlage gekommen sind, die wollen Sie obendrein noch mit Wahlrechtsverlust bestrafen — statt daß jetzt in dieser Zeit so schwerer Opfer mit allen Plackereien Schluß gemacht würde! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der konservative Antrag auf Ausschluß vom Wahlrecht bei Ehrenrechtsverlust wird angenommen. Im übrigen bleiben die Beschlüsse zweiter Lesung unverändert.

Das gleiche Wahlrecht.

Es folgt der § 3. Danach hat jeder Wähler eine Grundstimme. 5 Zusatzstimmen können hinzukommen. (Pluralwahlrecht.)

Die fortschrittliche Volkspartei beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also Einführung des gleichen Wahlrechts. Die gleiche Forderung stellt ein Antrag Lucas (Natl.). Ein Antrag Lohmann (Natl.) fordert zwei Zusatzstimmen.

Abg. Dr. Porsch (Zentr.): Auch diejenigen meiner Freunde, die sich zunächst entschlossen hatten, gegen das gleiche Wahlrecht zu stimmen, werden heute dafür stimmen. Den Kommissionsbeschluß lehnen wir ab. Die endgültige Stellungnahme zum Antrag Lohmann behalten wir uns vor.

Abg. v. Kardorff (bei keiner Fraktion):

Es ist immer noch nicht hinreichend genug in die Oeffentlichkeit gedrungen, daß der Unterschied zwischen dem gleichen und dem Pluralwahlrecht in ihrer Wirkung auf die Zusammensetzung dieses Hauses außerordentlich gering ist. Unbedingt notwendig ist die Einführung des Proporzes für die Ostmarken, für Oberschlesien und für Berlin. Mit Hilfe einer starken fortschrittlichen Volkspartei wird es uns gelingen, die Ostmarkenpolitik weiterzuführen. Wenn die Auflösung bis ans Kriegsende verschoben wird und wie ein Damoklesschwert über uns allen schwebt, sehe ich eine schwere Unruhe in unserm gesamten innern politischen Leben voraus. (Unruhe.) Man hat das Ausland bekämpft. Das Ausland klammert sich heute an die Hoffnung auf die Uneinigkeit des deutschen Volkes. Abg. v. d. Osten: Die Demokratie ist ihre Hoffnung!) Nein, nicht auf den Sieg der Demokratie, sondern darauf, daß letzten Endes doch noch die Zersplitterung kommt. (Widerspruch rechts.) Eine Verständigung auf der inneren Front, bei der es weder Sieger noch Besiegte gibt, wäre von bleibender und großer Bedeutung. (Beifall.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Eine Verständigung auf Grund des Antrages Lohmann, die Abg. Porsch für möglich hielt, könnte nur erfolgen zwischen den Konservativen, dem rechten Flügel der Nationalliberalen und dem Zentrum, nicht aber mit denen, die wirklich das gleiche Wahlrecht wollen. Für uns ist der Antrag Lohmann unannehmbar, weil er den Boden des gleichen Wahlrechts verläßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es kommt für uns nicht darauf an, ob die Linke bei einem gleichen Wahlrecht einige Mandate mehr bekommt, als bei einem Pluralwahlrecht, sondern darauf, daß dem Volke vor Augen geführt werden soll,

daß es auch wirklich gleichberechtigt im Staate ist.

Der Antrag Lohmann bedeutet ein völliges Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft und gegen einen großen Teil der Kriegsteilnehmer. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es soll eine Zusatzstimme erhalten, wer 50 Jahre alt ist. Man vergißt dabei, daß in einer großen Reihe gesundheitsgefährlicher Betriebe die Arbeiter nur ganz ausnahmsweise dies Alter erreichen. Eben so wenig wird das der Fall sein bei der ungeheuren Zahl der Kriegsteilnehmer, die gesundheitlich geschwächt aus dem Krieg zurückkehren. Sie alle würden die Zusatzstimmen nicht erhalten, und könnten mit Recht sagen:

Das ist der Dank des Vaterlandes!

(Sehr wahr! bei den Soz.) Ferner soll eine Zusatzstimme erhalten, wer seit mehr als 10 Jahren vom vollendeten 25. Lebensjahre an in der Gemeinde, in der er wahlberechtigt ist, seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie bei uns liegen, gehört es bekanntlich zur Ausnahme, daß Arbeiter 10 Jahre in derselben Gemeinde wohnen können. Ich erinnere nur an den Fall, daß ein großes Industrieunternehmen gerade seine tüchtigsten Arbeiter vielleicht nach einer Zweiggesellschaft in eine entfernte Gemeinde schickt. Diese Leute würden, obwohl sie bei demselben Unternehmer mehr als 10 Jahre tätig sind, und gerade hervorragend tüchtig sind, die Zusatzstimme nicht erhalten. (Hört, hört!) Ferner müßten alle zurückkehrenden Krieger, die jetzt in einer Kriegerheimstätte angesiedelt werden,

erst 10 Jahre dort wohnen,

ehe sie die Zusatzstimme erhalten können. Wer 10 Jahre seit seinem 25. Lebensjahr Beamter gewesen ist, bekommt die Zusatzstimme ohne weiteres. Der Arbeiter aber, der durch die wirtschaftliche Entwicklung hin- und hergeworfen wird, kann sie nie bekommen. Ebenso wenig den wirklichen Verhältnissen gerecht wird die weitere Bestimmung, wonach derjenige eine Zusatzstimme erhält, der seit mindestens einem Jahre selbständig ist. Das ist ein rein plutokratisches Merkmal, denn um selbständig zu werden, muß man ein gewisses Vermögen haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dazu kommt, daß der Begriff der Selbständigkeit sehr unbestimmt ist. Der nun „selbständige" Inhaber eines kleinen Geschäfts, der nebenbei in der Fabrik arbeitet, als Tagelöhner, soll dann wohl die Zusatzstimme bekommen, aber der Werkführer in derselben Fabrik nicht.

Die Stellung der Nationalliberalen, ihres rechten Flügels um Dr. Lohmann, hat sich fort und fort geändert. In der Kommission haben sie für das Sechsstimmen-Pluralwahlrecht gestimmt, nur mit ihrer Hilfe ist dieses ungeheuerliche Wahlrecht in der Kommission und auch im Plenum in zweiter Lesung angenommen worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dann hat Dr. Lohmann ein Zweistimmenwahlrecht beantragt, das übrigens lange nicht so gefährlich war, wie der neue Antrag Lohmann und heute erklärt er, falls der neue Antrag abgelehnt wird, sind seine Freunde für das Sechsstimmenwahlrecht nicht mehr zu haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Hoffentlich wandelt er sich noch weiter und tritt schließlich mit uns auf den Boden des gleichen Wahlrechts. Er hat ja selbst gesagt, daß eine große Stimmung im Volke dafür vorhanden ist.

Die Anträge der Nationalliberalen werden für uns im kommenden Wahlkampf eine gute Waffe sein,

um die Nationalliberalen zu bekämpfen. Ich hoffe, daß dieser Wahlkampf bald kommt, denn ich kann mir nicht denken, daß die Regierung sich das Spiel, das jetzt getrieben wird, länger gefallen lassen wird. Wahrscheinlich wird heute gar nichts angenommen, so daß in dieser Beziehung eine Lücke in dem Gesetz entsteht. Es erscheint zwecklos, dann nach drei Wochen noch einmal über diesen Torso abzustimmen und für den Fall, daß bis zur vierten Lesung eine Einigung unter den Parteien erzielt ist, dann noch abermals nach 3 Wochen eine erneute Abstimmung vornehmen zu müssen. Vielmehr sollte die Regierung, wenn heute nichts zustande kommt,

den Landtag auflösen.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Das bisherige Verhalten der Regierung ist für die Freunde des gleichen Wahlrechts nicht gerade ermutigend gewesen. Jedenfalls haben wir daraus gelernt, daß wir uns auf die Regierung nicht stützen können, sondern den

Kampf um das gleiche Wahlrecht selbst auszufechten haben.

Mit Recht hat Herr v. Kardorff gesagt, daß die Lage der Linken in diesem Kampf beneidenswert ist. Die Verantwortung für den Konflikt müssen wir ablehnen. Daran sind die Herren schuld, die so starr an den Vorrechten, die ihnen ein veraltetes elendes Dreiklassenwahlsystem gegeben hat, festhalten. Die Wirkung dieser Kämpfe auf das Ausland kann für Deutschland nicht günstig sein; darin hat Herr v. Kardorff ebenfalls recht. Ich möchte die Regierung ersuchen, endlich ihre schwankende Haltung aufzugeben. Das ganze Volk würde aufatmen und es wie eine Erlösung betrachten, wenn die Regierung für den Fall der nochmaligen Ablehnung des gleichen Wahlrechts den Landtag auflösen würde. (Lebh. Zust. links.)

Abg. v. Oertzen (Freikons.) tritt für ein allgemeines durch gewisse Sicherungen gegen Ausschreitungen geschütztes gleiches Wahlrecht ein.

Abg. Ad. Hoffmann (U. Soz.): Die Kompromißstimmung wird hier immer bedenklicher. Der Umfall ist in Permanenz erklärt. Schließlich wird es noch heißen, das Pluralwahlrecht ist das gleiche Wahlrecht „wie ich es auffasse" (Heiterkeit) und so wird es der König dann auch auffassen. Wir rechnen auf die Regierung nicht, sie hat keinen Mut, sie ist ja keine Minute vor dem Kriegsersatz-Lucanus sicher. (Heiterkeit.) Sie hofft noch immer auf den Kompromiß. Uns wäre die Vorlage unannehmbar, auch wenn nur für das Alter eine Mehrstimme gewährt wird. Das Durchschnittsalter der Arbeiter ist bekanntlich 35 Jahr, ihre große Mehrheit würde also die Zusatzstimme, die bei Erreichung des 50. Lebensjahres gewährt werden soll, nicht erreichen. Deuteln Sie an dem Königswort, solange Sie wollen, unserer republikanischen Auffassung wird das wahrlich keinen Abbruch tun. Sie reißen ein Blatt nach dem andern von dem Kranz der Monarchie herunter; was das Ausland, was die Welt sagt, das kümmert Sie nicht; das hat der Ostfriede bewiesen. Die Wahlrechtsstimmung an der Front werden Sie zeitig genug erfahren, früher als Ihnen lieb ist. Lehnen Sie nur die Vorlage ab, die Regierung mag zu Kreuze kriechen vor den Fußtritten der Rechten. — Wer am längsten lebt, der erbt die ganze Welt und wir leben am längsten. (Bravo! b. d. U. Soz.)

Abg. Graef (Kons.): Wenn sich das Ausland über die Vorgänge in diesem Hause freut, so liegt die Schuld an der Regierung, die in Widerspruch zur Osterbotschaft die Vorlage noch während des Krieges eingebracht hat. Ein Teil des englischen Kriegszieles ist die Demokratisierung Preußens.

Abg. Lucas (Natl.): Alle meine Freunde, die in der zweiten Lesung für das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, werden nunmehr für Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen.

Die Abstimmung.

Zunächst wird über den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage (gleiches Wahlrecht) abgestimmt.

Die namentliche Abstimmung ergab die Anwesenheit von 421 Abgeordneten. Davon stimmten mit Nein 236 Abgeordnete, mit Ja 185 Abgeordnete. Das gleiche Wahlrecht ist also auch in dritter Lesung abgelehnt. Für das gleiche Wahlrecht stimmte die große Mehrheit des Zentrums, die größere Hälfte der Nationalliberalen, die Fortschrittler, die beiden sozialdemokratischen Gruppen, die Polen und die Dänen sowie einige Freikonservative und der Abg. von Kardorff.

Darauf wurde über den Antrag Lohmann (zwei Zusatzstimmen) ebenfalls namentlich abgestimmt.

Der Antrag Lohmann wird mit 338 gegen 78 Stimmen, der Minderheit der Nationalliberalen, einiger Freikonservativer und einiger Zentrumsabgeordneter abgelehnt.

Das Pluralwahlrecht.

Darauf wurden namentlich über die Ausschußbeschlüsse, nämlich das Pluralwahlrecht, das fünf Zusatzstimmen vorsieht, abgestimmt. Die Ausschußbeschlüsse wurden mit 220 gegen 191 bei vier Enthaltungen abgelehnt. Das Abstimmungsergebnis wurde von der Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Da das gleiche Wahlrecht abgelehnt ist, ebenso wie der Antrag Lohmann auf zwei Zusatzstimmen, ist also eine Lücke in der Vorlage entstanden.

Sofort nach Verkündigung des Abstimmungsergebnisses gab Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg folgende

Erklärung

ab:

Die Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unverrückbar fest und ist entschlossen, zu seiner Durchführung alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.) Sie ist jedoch ebenso der Auffassung, daß dem Herrenhaus als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu dieser für unser ganzes Staats- und Verfassungsleben grundlegenden Frage Stellung nehmen muß, zumal da auch die Neuordnung des Herrenhauses selbst einen wesentlichen Teil des geplanten Reformwerkes bildet.

Demgemäß wird auch das Herrenhaus mit der Vorlage befaßt werden. Sollte dieses dem geordneten Gange der Gesetzgebung entsprechende Verfahren, entgegen der Erwartung der Staatsregierung, innerhalb gemessener Frist nicht zur endgültigen Annahme des gleichen Wahlrechts führen, so wird die Auflösung des Hauses zu dem ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies nach pflichtmäßigem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.)

Darauf wird die Einzelberatung fortgesetzt. Die weiteren Paragraphen des Wahlgesetzes werden unter allgemeiner großer Unruhe angenommen.

§ 14 wird mit einem Zentrumsantrage, der allgemein die Sicherung der Wahlfreiheit fordert, angenommen.

Die Verhältniswahl.

Die Fortschrittler und die Nationalliberalen beantragen wieder die Einführung der Verhältniswahl in der Ostmark und in den großen Wahlbezirken. Ein Antrag Porsch (Zentr.) will die Wahlkreiseinteilung durch das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit gegen Aenderung schützen.

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag Porsch angenommen, die Proporzanträge der Fortschrittler und Nationalliberalen für Berlin und eine Anzahl Großstädte werden abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde auch die Verhältniswahl für die gemischtsprachigen Bezirke mit 293 gegen 113 Stimmen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes über die Wahlen zum Abgeordnetenhause wird angenommen, ebenso die letzten Artikel des Verfassungsgesetzes, darunter ein Zentrumsantrag, wonach Verfassungsänderungen einer Zweidrittelmehrheit bedürfen.

Darauf werden die drei Verfassungsgesetze in der Gesamtabstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen die Fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten, Polen und Dänen sowie einige Nationalliberale und Freikonservative.

Dienstag, 4. Juni 2 Uhr: Gestütsverwaltung, Anträge. — Schluß 5¼ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180515-18/fragment/page=0001

Realpolitik, Augenblickspolitik und Illusionspolitik.

Von Heinrich Cunow.

Karl Kautsky hat in der Marx-Nummer der von Dr. Breitscheid unter dem Titel Sozialistische Auslandspolitik herausgegebenen Zeitungskorrespondenz einen recht seltsamen Beitrag zur Feier des hundertjährigen Geburtstages von Karl Marx geliefert. Er veröffentlicht einen Brief von Marx an Dr. Kugelmann über Lassalles Politik, in dem Lassalle des „schamlosesten Plagiarismus" (geistigen Diebstahls), der „selbstlobhudelnden Renommisterei", eines heimlichen Vertrages mit Bismarck, des politischen Komödienspiels usw. beschuldigt wird. Der Ton des Briefes erklärt sich daraus, daß er am 23. Februar 1865 — im Aerger über den theatralischen Lassallekultus der Gräfin Hatzfeld und die Preußenpolitik Schweitzers, den Marx des geheimen Einverständnisses mit Bismarck für verdächtig hielt, geschrieben ist. Dazu kam, daß Schweitzer in den von ihm geleiteten Sozialdemokrat einige gegen die Internationale Arbeiterassoziation und Marx gerichtete Korrespondenzen von Moses Heß aufgenommen hatte. In solcher Verstimmung gebrauchte Marx, wie bekannt, in Briefen an nahe Freunde gerne scharfe Worte, und Kugelmann war ein solcher intimer Freund, dem gegenüber er seine Worte nicht sorgfältig abwog.

Das ist auch Kautsky bekannt, und er hätte sich daher fragen müssen, ob er dem Andenken unseres großen Altmeisters einen Dienst erwies, wenn er diesen Brief gerade zur Marx-Gedenkfeier veröffentlichte; ließ sich doch voraussehen, daß die Marxgegner den Brief wahrscheinlich aufgreifen würden, um den Charakter von Karl Marx herabzusetzen und ihn der Schmähsucht zu zeihen. Doch Kautsky ist längst darüber hinaus, noch auf solche Erwägungen Rücksicht zu nehmen — wenn er glaubt eine Waffe gegen die „Umlerner" und besonders gegen die sogenannten „Neomarxisten" gefunden zu haben. Und der Brief schien ihm eine solche verwendbare Waffe zu enthalten, denn Marx wendet sich gegen die „Realpolitik" und „Realitätenpolitik", die Lassalle und Schweitzer zu ihren angeblichen Techtelmechteleien mit Bismarck bewogen haben soll: eine Politik, die, wie Marx sagt, nur „das nächst vor der Nase liegende Interesse als Realität" auffaßt. Ist damit nicht jede Art von Realpolitik verdammt und als antimarxistisch erwieesn? Kautsky behauptet das. Weil Marx mit Lassalles Haltung in der schleswig-holsteinischen Annexionsfrage und mit Schweitzers Stellungnahme zur Bismarckschen Machtpolitik nicht einverstanden ist und diese spöttisch als „Realpolitik" bezeichnet, deshalb ist, wie Kautsky folgert, jegliche „Realpolitik", mag sie auch ganz anderer Art sein, ein Widerspruch gegen den echten Marxismus, dem, wie er meint, das Werdende wichtiger als das Seiende, das weitentfernte Mögliche erstrebenswerter als das in der Gegenwart Erreichbare sein müsse.

Gegen diese seltsame, brüchige Logik zu polemisieren, hat keinen Zweck, richtiger ist es, Kautskys Begriff der Realpolitik unter die Lupe zu nehmen, zumal von den Blättern der Unabhängigen fortgesetzt über die „abhängigen Realpolitiker" gespöttelt, und diesem Worte ein Sinn unterschoben wird, den er gar nicht hat.

Kautsky versteht unter Realpolitik (das heißt Wirklichkeitspolitik) eine politische Taktik, die nur die augenblickliche politische Situation, nur das Heute ins Auge faßt und daraufhin, lediglich von dem Gedanken beseelt, irgendetwas für die Partei herauszuschlagen, ihre Entscheidungen trifft — eine Taktik, die immer nur das „nächst vor der Nase liegende Interesse" sieht, unbekümmert darum, was morgen sein wird und ob nicht das Interesse von morgen dem Interesse von Heute entgegensteht. Er selbst nennt in seinen Erläuterungen zu dem veröffentlichten Marxschen Brief die Realpolitik eine Anpassung wissenschaftlicher Erkenntnisse an die jeweilige politische Konjunktur, eine Politik, die nur den Erfolg des Augenblicks erstrebt — nichts weiter. Solche Politik treiben, wie Kautsky versichert, besonders Renner, Lensch, Schippel und ich, im weiteren aber alle „Umlerner". Wo das geschieht, diesen Beweis erspart sich jedoch Kautsky. Tatsächlich ist uns nie eingefallen, die Forderung aufzustellen, nur der Augenblick, nur das Heute käme für die Politik der Sozialdemokratie, ihre Taktik und ihre Richtung in Betracht, und zu verlangen, ausschließlich die augenblicklich vorhandene politische Situation müsse unser politisches Verhalten bestimmen.

Was Kautsky hier als „Realpolitik" bezeichnet, ist nicht das, was wir unter Realpolitik verstehen, sondern bloße Augenblickspolitik, die nur den Eingebungen des Augenblicks und dem Wunsch entspringt, sofort Erfolge zu erzielen. Gewiß muß von dem Politiker auch die Gegenwart mit ihren Anforderungen berücksichtigt werden, denn sonst verliert er allen festen Boden unter den Füßen; aber für uns ist das Heute das reale Ergebnis von gestern, wie das Zukünftige die Folge des Heutigen sein wird. Und wie wir die Gegenwart nur verstehen können, wenn wir sie in ihrer Entstehung betrachten, das heißt, sie in ihre früheren Entwicklungsstufen zurückverfolgen, so können wir anderseits das Werdende, die Zukunft nicht erfassen, wenn wir nicht in Betracht ziehen, wie sie in der Gegenwart wurzelt. Deshalb ist Realpolitik, wie wir sie verstehen, jene Politik, die weder allein die Vergangenheit, noch allein die Gegenwart, noch allein die auf Grund von bloßen Annahmen und Wünschen konstruierte Zukunft ins Auge faßt, sondern die die Dinge im Flusse ihrer Entwicklung, in ihrem stetigen Wechsel und dialektischen Umschlägen betrachtet. Nirgends finden wir denn auch bei den von Kautsky erwähnten Theoretikern, daß sie behaupten, nur allein die Gegenwart oder nur die heutige Lage dürfe die Forderungen und die Richtung der sozialdemokratischen Politik bestimmen. Wir sehen vielmehr, daß sie in ihren Schriften regelmäßig fragen, wie die heutige Entwicklungsphase aus den früheren herausgegangen ist und was aller Voraussicht nach sich aus den heutigen Zuständen entwickeln wird.

Was unsere Realpolitik von der Kautskyschen Politik, die man am besten als Illusionspolitik bezeichnet, unterscheidet, das ist erstens die Forderung, nicht bloß in die Zukunft zu blicken, sondern die reale Gegenwart als den massiven Unterbau, als die geschichtlich gegebene Grundlage der Zukunft, nicht zu übersehen, und zweitens alle Zukunftskonstruktionen immer wieder auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen, immer wieder die im geschichtlichen Werdeprozeß hervortretenden neuen Erfahrungstatsachen heranzuziehen und zu fragen: „Wieweit entspricht das, was nun geworden ist, dem, was wir früher geglaubt und erhofft haben, und was ergibt sich daraus für andere früher von uns gezogene Folgerungen?"

Was Kautsky treibt und früher getrieben hat, das hat freilich keinen Anspruch darauf, in diesem Sinne als Realpolitik betrachtet zu werden. Es ist im Gegenteil reine Illusionspolitik, eine Anwendung von allerhand der Vergangenheit und ihrer Ideologie entnommenen Folgerungen, Vermutungen und Thesen auf die Zukunft, also eine Konstruktion der Zukunft auf Grund überholter Hypothesen.

Oft ist in unserer Partei gesagt worden, die Marxsche Lehre hätte den früheren Utopismus überwunden. Das ist nicht ganz richtig. Wohl gehört heute der Utopismus der Fourier, Weitling usw. der Vergangenheit an; aber an seine Stelle ist ein neuer Utopismus auf vulgärmarxistischer Grundlage getreten, und sein Hauptvogent ist Karl Kautsky. Es ist deshalb auch ein leichtes Spiel, aus Kautsky früheren Schriften und Aufsätzen nachzuweisen, daß er sich über den Gang der politischen Bewegung und die kommenden Ereignisse fortgesetzt geirrt und immer wieder Prophezeiungen aufgestellt hat, die sich hinterher als Phantastereien erwiesen. Einige Parteiblätter haben sich ja den Spaß geleistet, solche Zukunftsausblicke Kautskys aus seinen Abhandlungen herauszusuchen und sie den späteren wirklichen Vorgängen gegenüberzustellen — das Verfahren ergab einen wüsten Trümmerhaufen phantastischer Orakelsprüche.

Besonders hat der jetzige Weltkrieg eine Menge von alten Illusionen, Verheißungen, Erwartungen und Hoffnungen zerstört. Es ist alles so ganz anders gekommen, als man vielfach in unserer Partei glaubte. Das wäre nicht schlimm, wenn es sich nur um Spezialillusionen Kautskys handelte; aber er hat weite Kreise der Partei, da sie in ihm den großen Parteitheoretiker sahen, in falsche Illusionen und Erwartungen eingesponnen und sie von einer Inbetrachtziehung der tatsächlichen Entwicklungsvorgänge abgehalten. Der Erfolg ist heute, daß ein Teil der Arbeiter — glücklicherweise der kleinere — sich derartig in Kautskys Spekulationen festgefahren hat, daß ihm fast jedes Verständnis für die politische Gegenwart verloren gegangen ist, der größere Teil aber heute sagt: „Was uns Kautsky, der große Theoretiker der Partei, erzählt hat, ist ja alles nicht eingetroffen; die Theoretiker wissen selbst nichts; es ist deshalb am besten, man tut, was der Augenblick fordert!" Wogegen sich Kautsky wendet, die Augenblickspolitik (nicht zu verwechseln mit der Realpolitik), hat er durch seinen Utopismus selbst am meisten gefördert.

In den Artikeln unserer Parteipresse zum hundertjährigen Geburtstage von Karl Marx ist als eine seiner größten Leistungen die materialistische Geschichtstheorie gefeiert worden. Diese Theorie besagt nicht allein, daß die Wirtschaftsstruktur die Grundlage der Ideologie jeder Zeit ist, sondern auch, daß die soziale Entwicklung in fortgesetzten Uebergängen und Umschlägen, in Gegensätzen stattfindet, mit denen sich zugleich eine stetige Veränderung der Anschauungen und Auffassungen, ein stetiges „Umlernen" vollzieht. Kautsky aber wütet gegen jedes politische Umlernen und jede politische Neuorientierung. Er predigt Beharrung und nochmals Beharrung. Besser als durch diese Tatsache kann gar nicht erwiesen werden, wie sehr seine in alten Formeln und Dogmen erstarrte Marxscholastik dem lebendigen Geist von Karl Marx widerspricht.

Der neue Waffen- u. Wirtschaftsbund mit Oesterreich.

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet folgende Meldung der Kölnischen Zeitung:

Aus Wien und Budapest liegt eine Fülle von Meldungen und Presseäußerungen über das grundsätzliche Ergebnis der Verhandlungen im Großen Hauptquartier vor. Die Pressestimmen zeigen, welch tiefen Eindruck die Feststellung der grundsätzlichen Einigung über den Ausbau und die Vertiefung des Bündnisses auch im verbündeten Reiche gemacht hat.

Die Meldungen bedürfen jedoch der Ergänzung, wie auch der Richtigstellung verschiedener falscher Angaben. So ist z. B. die Behauptung, es sei grundsätzlich beschlossen worden, daß das neue Bündnis in die Verfassungen der verbündeten Reiche aufgenommen würde, unzutreffend. Davon ist nicht die Rede gewesen. Es besteht vielmehr die Absicht, Verträge politischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur zu schließen. Diese Verträge sollen ein zusammengehöriges und zusammenhängendes Ganzes bilden und nach Möglichkeit zusammen unterzeichnet werden. Es wird also nicht etwa eine Militärkonvention oder ein wirtschaftliches Bündnis besonders abgeschlossen, sondern ein Vertrag, der einen militärischen, einen politischen und einen wirtschaftlichen Teil hat und wie gesagt ein Ganzes bildet.

Unzutreffend ist auch die Nachricht, daß man sich bei der Besprechung im Großen Hauptquartier auf die Maßnahme einer sogenannten österreichisch-polnischen Lösung geeinigt habe, oder daß diese Vereinbarungen diese Lösung zur Folge haben würden.

Was die wirtschaftlichen Verhandlungen betrifft, so sollen sie so geführt werden, daß ihr Ergebnis keine wirtschaftskriegerische Tendenz enthält, sondern die wirtschaftliche Verständigung mit unseren Gegnern ermöglichen kann.

Während die wirtschaftlichen Verhandlungen sich über den Sommer hinziehen werden, werden die militärischen und politischen Richtlinien für die künftige Gestaltung des Bündnisses bereits eingehender herausgearbeitet werden. Dies liegt in der Natur der praktischen Erfahrungen des Krieges, die ja für die künftige zweckmäßige militärische Zusammenarbeit reiches Material geliefert haben, und in der Natur der gemachten politischen Erfahrungen. Es sei hinzugefügt, daß man für die bevorstehenden militärischen Vereinbarungen den Namen Waffenbund gewählt hat.

Die Besitzsteuern.

Die Beratungen über die neuen Besitzsteuern wurden am Dienstag im Haushaltsausschuß des Reichstages fortgesetzt.

Abg. Liesching (Vp.)

weist darauf hin, daß ein Reichsdefizit von den Einzelstaaten durch Erhöhung der Matrikularbeiträge aufgebracht werden müßte. Unter diesen Umständen sei es immerhin besser, wenn das Reich finanziell vollständig auf eigene Füße gestellt werde. Bei dem jetzigen System sind die Einzelstaaten ohnedies in der Verfügung über Steuererhöhungen stets eingeschränkt, denn sie müssen immer mit der Gefahr der Abwanderung juristischer Persönlichkeiten in solche Gebiete rechnen, in denen geringere Steuersätze zur Anwendung gelangen. Praktische und politische Gründe sprechen dafür, daß die einzelstaatlichen Finanzminister sich nicht weiter hartnäckig gegen die Einführung direkter Reichssteuern sträuben sollten. Wenn jetzt die vorgeschlagenen Besitzsteuergesetze nicht zustandekommen, dann werden die Einzelstaaten damit rechnen müssen, daß diese Gesetze nach dem Kriege noch viel radikaler ausfallen werden. Den Antrag über die Erbschaftssteuer bat der Redner, der Regierung als Material zu überweisen.

Bayrischer Finanzminister Breunig

erklärt, daß er „grundsätzlich" mit dem preußischen Finanzminister einverstanden sei. Steuern, wie der Wehrbeitrag könnten ruhig dem Reich überlassen bleiben, worin nicht unbedingt eine Massenbelastung zu liegen braucht. Auch die Konsumsteuern könnten schließlich gestaffelt werden. Die sozialdemokratische Theorie von der Belastung der Massen durch die Konsumsteuern sei durch die Entwicklung längst überholt, weil die Massen heute imstande sind, diese Steuern auf die besitzenden Klassen abzuwälzen. Der Krieg habe gezeigt, welche gewaltige Lasten ertragen werden können und das wäre ein Fingerzeig für die künftige Entwicklung unserer Steuerpolitik. Es sei richtig, daß das Defizit des Reiches durch Matrikularbeiträge gedeckt werden könne, aber das sei doch immerhin nur ein Weg, dem eine ganze Reihe anderer Wege gegenüberstehe.

Abg. Bernstein

wendet sich gegen die Ausführungen des bayrischen Finanzministers und erklärt, daß das ganze heutige System völlig irrationell sei. Der gemeinsame Antrag Gröber gehe noch nicht weit genug. Wir müßten noch ganz erheblich schärfer zufassen. Die steuerpolitische Selbständigkeit der Bundesstaaten ist heute nur noch eine Illusion. Wir müssen so rasch als möglich dazu kommen, daß wir uns eine einheitliche Steuergesetzgebung schaffen. Wir werden künftig 12—15 Milliarden jährlich aufbringen müssen und dazu müssen jetzt schon die Wege geebnet werden.

Sächsischer Finanzminister v. Seydewitz

verteidigt die Steuervorlagen, die von der Regierung eingebracht worden sind, und sucht nachzuweisen, daß die direkten Steuern heute in Deutschland bereits weit mehr herangezogen worden sind als die indirekten Steuern. Von einer Notlage des Reichs könne schon deshalb keine Rede sein, weil man immer noch auf eine größere Kriegsentschädigung rechnen könne. Dem Reiche die direkten Steuerquellen zu überlassen, müsse schließlich zu einer Katastrophe führen. Der Redner macht dann vertrauliche Mitteilungen über die Steuererhöhungen, zu denen Sachsen in der nächsten Zeit genötigt sein wird, und schließt daraus, wenn das Reich ebenfalls so scharf zugreifen wolle, müsse man zu einer Konfiskation des Einkommens kommen.

Abg. Graf Westarp

meint, daß die Regierung der Mehrheit sich offenbar nicht an den Grundsatz stoße, daß die Parteien Steuervorschläge nicht machen sollten. Wir müssen darauf dringen, daß wir unter allen Umständen eine Kriegsentschädigung bekommen. Zur Deckung des jetzigen Bedarfs reichen die vorgeschlagenen Steuern aus. Redner erklärt dann, daß das Reich keine Steuern legen dürfe auf Einkommen und Vermögen. Die vorgeschlagene Abänderung der Erbschaftssteuer ist für die Konservativen unannehmbar. Dagegen könne man damit einverstanden sein, daß die Kriegssteuern ausgebaut werden unter der Voraussetzung, daß die Landwirtschaft entsprechend geschont (!!) wird.

Damit schließt die Aussprache. Ueber die vorgeschlagenen neuen Steuern findet zunächst eine vertrauliche Erörterung statt, dann wird der Ausschuß seine Beratungen fortsetzen.

Der Ausschuß wandte sich dann einem Antrag des Zentrums zu, der von dem Abg. Gröber begründet wurde und der verlangt, daß ein Steuergerichtshof für das Deutsche Reich geschaffen werden soll.

Staatssekretär Graf Roedern erklärt sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden, er könne aber nur für seine Person sprechen. Der Bundesrat müsse sich erst dazu äußern. Die Vertreter der einzelnen Parteien Abg. Dr. Junck, Graf Westarp, Abg. Gothein, Abg. David und Abg. Bernstein erklären sich mit dem Antrag einverstanden, der dann auch einstimmig angenommen wird.

Eine Kaiserrede an die Aachener Stadtverordneten.

Aus dem Hauptquartier kommend, stattete der Kaiser dem Aachener Rathaus einen Besuch ab, wobei er an die versammelten Stadtverordneten folgende Ansprache hielt:

„Von der Westfront kommend, freut es mich, die Herren hier begrüßen zu können. Im Westen habe ich das halb verwüstete Frankreich besichtigt. Da gewinnt man erst den richtigen Eindruck von dem Grausigen, vor dem unser Vaterland verschont geblieben ist. Wer etwa kleinmütig werden sollte, der möge einmal einige Tage an die Westfront gehen und sich die Verwüstungen ansehen; dann wird er nicht mehr klagen und mit seinem Los zufrieden sein. Dann wird er die Mühseligkeiten, Entbehrungen und Schrecknisse des Krieges mit Geduld tragen. Wenn die Herren sich hier in sicherer Ruhe und Friedensarbeit zusammenfinden können, so verdanken sie das unserem unvergleichlichen Heere.

Die Offensive geht gut vorwärts. 600 000 Engländer sind bereits außer Gefecht gesetzt, 1600 Geschütze erbeutet. Die Franzosen müssen überall einspringen. Hart werden die Gegner mitgenommen. Sie habens auch nicht besser verdient. Die Sache im Westen wird gemacht, aber wir müssen Geduld üben. Millionenheere können nicht an einem Tage erledigt werden. Wir werden unser Ziel erreichen. Schwere Arbeit ist zu leisten, aber dafür haben wir ja auch tüchtige Schmiede. Den Osten haben wir geöffnet. In der Krim geht es auch vorwärts. Aus der Ukraine sind die ersten Lebensmittelzüge in Berlin eingetroffen. Dadurch wird unsere Lebensmittelversorgung gebessert. In Sewastopol haben wir eine starke reichbeladene Handelsflotte erbeutet. Dort werden wir uns den Verkehr auf dem Schwarzen Meer wieder ermöglichen.

Also es steht gut. Ich freue mich über das nationale Verhalten hier an des Reiches Grenze. Die Stimmung der Truppen ist vorzüglich. Viele Rheinländer und auch viele Aachener habe ich in Lazaretten und an der Front gesprochen und ihnen Auszeichnungen überreicht. Nun meine ich, ist es auch Zeit, alles Fremdländische abzustreifen. Alles französisch-parlieren muß aufhören. Sprechen wir lieber unser deutsches Platt!"

Der angebliche zweite Brief Kaiser Karls.

Der Manchester Guardian hatte Ententemeldungen über einen zweiten Brief Kaiser Karls verbreitet, der aber nach einer Feststellung des Wiener Korrespondenzbureaus überhaupt nicht existiert und als ein Machwerk der Entente bezeichnet wird.

Aus der phantastischen Meldung wird folgender Inhalt wiedergegeben:

Der zweite Brief Kaiser Karls ist anscheinend wichtiger als der erste. Der Kaiser erklärte in dem zweiten Briefe, er sei überzeugt, daß er Deutschland bewegen könne, Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß die Alliierten ihre territorialen Forderungen auf Elsaß-Lothringen beschränkten. Besetzte Gebiete sollten selbstredend geräumt und die Unabhängigkeit und Souveränität Belgiens wiederhergestellt werden. Der Kaiser sagte, er habe sich bereits der Zustimmung Bulgariens versichert. Der Kaiser habe ersucht, den privaten Charakter des Briefes durchaus zu achten.

Die französische Regierung habe übrigens auf Ehrenwort erklärt, ihn nicht verraten zu wollen. Poincare habe während der Verhandlungen vorgeschlagen, daß die Monarchie

im Tausche gegen Schlesien Triest und das Trentino

an Italien abtreten sollte, aber Kaiser Karl habe geantwortet, daß ein sehr wichtiges Bedenken dagegen bestehe, daß nämlich die Monarchie das Trentino besetzt halte, daß aber Frankreich Schlesien nicht besetzt habe. Ribot antwortete auf die ihm durch den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorgelegten Fragen, daß er zu wählen habe zwischen Ablehnung des Vorschlages der Monarchie und dem Bruch mit Italien. Ribot habe gestanden, daß Lloyd George erst nach langem Zögern der von Sonnino gewünschten ablehnenden Antwort beistimmte. Lloyd George habe also angeblich mehrmals die Wichtigkeit der österreichischen Vorschläge hervorgehoben und den Wunsch befürwortet, eine so schöne Gelegenheit, Frieden zu schließen, nicht vorübergehen zu lassen. Poincare habe jedoch prinzipielle Einwendungen gegen alle Friedensverhandlungen gemacht und behauptet, daß der Krieg nur mittels völligen militärischen Sieges der Entente beendet werden könnte.

Der Korrespondent des Manchester Guardian teilt weiterhin mit, daß im vorigen Sommer abermals Vorschläge gemacht worden seien, und zwar an Briand. Er wiederholt seine frühere Mitteilung, derzufolge Ribot alle Alliierten über die Briefe Kaiser Karls zu Rate gezogen habe. Die russische und amerikanische Regierung seien erst informiert worden, nachdem die Vorschläge abgelehnt waren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180515-18/fragment/page=0002

Der Krieg im Westen.

Der gestrige Abendbericht.

Berlin, 14. Mai, abends. (Amtlich.) Erfolgreicher örtlicher Vorstoß in die englischen Linien auf dem Nordufer der Somme an der Straße Bray-Corbie. Heftige Gegenangriffe des Feindes scheiterten. Sonst nichts Neues. (W.T.B.).

•

Dem starken Feuer, das in Flandern am Morgen des 13. Mai auf der Front vom Ypernkanal bis nördlich Bailleul lag, sind feindliche Angriffe nicht gefolgt. Jedoch wurden mehrfach starke feindliche Ansammlungen unter wirksamstes deutsches Vernichtungsfeuer genommen und zerstreut. Am späten Abend und nachts verstärkte sich das feindliche Feuer von neuem, besonders gegen das Kemmelgebiet und westlich bis nach Bailleul hin.

Nach schlagartig einsetzendem feindlichen Artilleriefeuer auf die deutschen Stellungen bei Givenchy erfolgte ein starker englischer Teilangriff, der mehrfach wiederholt wurde. Der Feind hatte dabei außerordentlich schwere Verluste. Die deutschen Stellungen sind restlos gehalten.

•

Die Schachtanlagen und Stahlwerke um Béthune wurden von den Deutschen mit schwerem Kaliber wirkungsvoll beschossen. Im Kesselhaus des Stahlwerkes Bully-Grenay wurde ein Volltreffer erzielt. Ein weiterer Volltreffer des Schachtes 3 von Noeux rief eine Explosion unter starker Feuer- und Rauchentwicklung hervor.

•

Zur Lage im Westen

erklärt die Mailänder Italia, Hindenburg sei nicht der Mann, der auf halbem Wege stehen bleibe. Wenn man es als Erfolg Fochs betrachte, daß die Deutschen noch nicht über den Kemmelberg weiter vordringen konnten, so müsse man dem entgegenhalten, daß der Besitz des Kemmelberges für die Deutschen einen großen, strategisch wichtigen Erfolg bedeute. Sie könnten von hier aus, sobald es Hindenburg passe, mit neuen Kräften zum Sturm ansetzen und auf alle Fälle die in Flandern stehenden Engländer und Franzosen fortgesetzt beunruhigen. Die Lage in jenem Abschnitt sei den Deutschen günstig und es sei nicht ausgeschlossen, daß Hindenburg gerade darum in einem anderen Sektor zum Angriff übergehe.

Der Krieg zur See.

Berlin, 14. Mai. (Amtlich.) Im kühnen Draufgehen vernichtete Kapitänleutnant Steinbauer mit seinem bewährten U-Boot im Sperrgebiet des westlichen Mittelmeeres neuerdings innerhalb weniger Tage sieben wertvolle Dampfer, meist unter erheblicher Gegenwehr, und mehrere kleinere Fahrzeuge von zusammen rund

dreiunddreißigtausend B.-R.-T.

mit ihnen etwa zehn Geschütze. Im Morgengrauen des 23. April drang Kapitänleutnant Steinbauer in die stark befestigte Durchfahrt von San Pietro (Sardinien) ein und griff die im Hafen Carloforte zu Anker liegenden Schiffe an. Er versenkte im Feuer von mehreren Landbatterien den englischen bewaffneten Dampfer Kingstonian (6564 B.-R.-T.) durch Torpedotreffer, vernichtete mit seiner Artillerie zwei große bewaffnete Seeschlepper, schoß einen französischen Viermastschoner in Brand, bekämpfte das feindliche Artilleriefeuer. Alsdann erzwang sich das Boot trotz Sperrfeuers der Landbatterien und der Angriffe eines bewaffneten großen Motorbootes die Ausfahrt. Im Ablaufen von Carloforte führte das U-Boot ein halbstündiges Artilleriegefecht gegen einen stark bewaffneten Bewacher und beschoß die F.-T.- und Signal-Station Cap Sperone (Insel Antioco) mit beobachteter Trefferwirkung. (W.T.B.) Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Frankreich blutet für Amerika.

Der frühere russische Marine-Attachee in Berlin, von Bock, ein Schwiegersohn Stolypins, hat geäußert, daß England im Oktober 1917 bereit gewesen wäre, **Frieden zu schließen**, aber durch die Vereinigten Staaten an der Ausführung seiner Absicht behindert worden sei. Die Regierung in Washington habe, um ihre den Ententemächten zur Verfügung gestellten Gelder zu retten, England und Frankreich zum äußersten Widerstande aufgestachelt und ihnen durch das Versprechen ausgedehnter und nachhaltiger Hilfeleistung neuen Mut gemacht.

England im Druck.

Professor Bodenstein schreibt: John Bull erlebt eine schwere Zeit. Seine Armee in Frankreich ist kürzlich gewaltig zugerichtet worden und mit Spannung sieht man dem nächsten Stoß entgegen. Die Handelsflotte schwindet in beunruhigender Weise, in der Weise, daß man selbst aus lauter Großmut neutrale Schiffe beschlagnahmt. Infolge der kräftigen Unterstützung durch die Franzosen kann man sich im Westen noch auf den Beinen halten, der Oberbefehl ist jedoch den englischen Händen entglitten, eine weitere Pille für jene Tausende, welche von der englischen Superiorität so überzeugt waren.

Der Glaube an die Unbesiegbarkeit der Inselbewohner, der Jahr und Tag das große Reich zusammengehalten hat, beginnt nun zu erblassen. Ueberall beginnt es zu gären. Irland steht wie ein Mann gegen die beantragte Regierungs-Dienstpflicht. Eine starke Besatzung muß verhindern, daß der Wunsch nach Unabhängigkeit zu offenem Aufstand ausartet. Man pflückt die Früchte einer systematischen Verwahrlosung der gerechten Forderungen des englischen Volkes. In Kanada hat die Jingoregierung die gesamte französische Bevölkerung gegen sich.

Deutscher Heeresbericht vom 15. Mai.

Großes Hauptquartier, 15. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich vom Kemmel hatten örtliche Angriffsunternehmungen vollen Erfolg und brachten 120 Gefangene ein. Unser Angriff traf in der Ablösung befindliche Truppen und kostete den Franzosen hohe blutige Verluste. Der Artilleriekampf blieb im Gebiet des Kemmel gesteigert. Heute früh haben sich dort mit französischen Vorstößen neue Infanteriegefechte entwickelt.

Zwischen der Lys und dem La Bassée-Kanal, an der Scarpe und bei Bucquoy war die feindliche Artillerie namentlich während der Nacht rege.

Zwischen Ancre und Somme drangen wir in kurzem Stoß an der Straße Bray—Corbie in englische Linien ein und behaupteten das gewonnene Gelände gegen zweimalige starke Gegenangriffe des Feindes. Zur Unterstützung der Infanterie hielt lebhafte Artillerietätigkeit an.

Bei Villers Bretonneux, beiderseits der Luce und Avre lebte der Feuerkampf vielfach auf. Auf dem westlichen Avre-Ufer griff der Feind unsere Linien bei Castel an; unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

In einzelnen Abschnitten Erkundungsgefechte.

Unsere Flieger schossen gestern fünf feindliche Fesselballone ab. An den Kampffronten sehr rege nächtliche Fliegertätigkeit.

Wir bewarfen Calais und Dünkirchen und andere rückwärtige Munitionslager und Bahnanlagen des Feindes ausgiebig mit Bomben.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff. (W.T.B.)

Britischindien verlangt mit lauter Stimme größere Freiheit. Selbst in Australien, wo die Bevölkerung so durch und durch englisch ist, erheben sich kräftige Stimmen für größere Selbständigkeit. Der feurige Patriot und Imperialist Hughes hat das Volk nicht zur Dienstpflicht in Europa überreden können. In Südafrika ist es nicht anders; trotz des großen Maßes von Selbstverwaltung ist der größte Teil der Holländer noch nicht mit der englischen Beherrschung versöhnt. Von Anfang des Krieges an hat es dort bereits gegärt und man braucht sich nicht zu verwundern, daß führende englische Staatsmänner verkündeten, der Kampf gehe nun um das Bestehen des englischen Reiches. Daß in Südafrika die Aussicht für Unruhen beschworen ist, das ist nicht ausschließlich die Folge der inneren Maßnahmen, des Drucks der Kirche und der Reden von Hertzog, der Verlauf der deutschen Offensive im Westen steht damit in engster Verbindung.

Amerikanische Kriegsschiffe in England.

Haag, 15. Mai. Aus London wird gemeldet: Nachdem mehrere amerikanische Kriegsschiffe in britischen Gewässern angekommen sind, trafen nun auch in Kingstown in Irland die erste vollständige Torpedojäger-Flottille ein. Diese wurde mit einem Tagesbefehl des Stabskommandaten Admiral Baizly begrüßt, in dem dieser die Dankbarkeit Englands für die amerikanische Hilfe und das feste Vertrauen, zusammen mit Amerika, sich auf See behaupten zu können, ausspricht.

Rußland und die Entente.

Stockholm, 14. Mai. In Zusammenhang mit der japanischen Landung in Wladiwostok ist eine heftige Auseinandersetzung zwischen der Sowjetregierung und der Ententegange. Am schärfsten haben sich die Beziehungen zum französischen Botschafter Noullens zugespitzt. Die außenpolitische Lage wird für Rußland weiterhin dadurch kompliziert, daß neben der Frage der japanischen Landung in Wladiwostok, die Frage der Landung der Alliierten im Murman-Gebiet besteht.

Das Schicksal des Zaren.

Kopenhagen, 15. Mai. Die Times melden aus Petersburg: Der Zar und eine Prinzessin wurden nach Jekatherinburg überführt; die Regierung befürchtet, die Bauern der Tobolsker Gegend würden zugunsten des Zaren eingreifen. Man will eine Verschwörung zur Befreiung des Exzaren entdeckt haben. Der frühere Thronfolger Alexewitsch verbleibt in Tobolsk, wegen seiner schwachen Gesundheit. Der Zar bewohnt ein kleines Privathaus in Jekatherinburg; niemand darf sich ihm nähern. Man erwartet übrigens, daß das Schicksal des Zaren in allernächster Zeit entschieden wird.

Norwegisch-finnische Spannung?

Stockholm, 14. Mai. Der Einmarsch finnischer Truppen in Russisch-Lappland, das an die norwegische Finnmark grenzt, und die Besetzung des lappländischen Gebiets Borisglod, haben in Norwegen Aufregung hervorgerufen. Der norwegische Kriegsminister erklärte im Storthing, eine norwegische Militärabteilung werde nach der Grenzstation Kirkenis abgehen.

Wahlrechtskampf in Koburg-Gotha.

Die vom Landtag eingesetzte Wahlrechtskommission wird bis zum 12. Mai ihre Beratungen beendet haben. Dann treten die Spezialllandtage für Koburg und für Gotha zusammen und am 30. Mai der gemeinschaftliche Landtag. Seit Monaten hat sich der Ausschuß mit der Regierungsvorlage beschäftigt, aber die konservativen und nationalliberalen Volksfeinde konnten sich mit der gedachten Neuordnung der Dinge, wie sie schon oft von der Regierung zugesagt, nicht befreunden und trieben aus Furcht vor dem neuen Landtagswahlrecht schärfste Opposition. Schon konnte man die berühmten Worte vernehmen: „Nicht wird's!" Die Mehrheit will den Städten keine gerechtere Wahlkreiseinteilung und keine Einführung der Verhältniswahl gewähren, so daß schon Befürchtungen laut wurden, die Sache solle bis über den Krieg hinaus verschleppt werden. Dann glaubt die Reaktion gesiegt zu haben. Ob die Regierung den Mut haben wird, im Falle der Ablehnung ihrer Vorlage die Landtage aufzulösen, ist fraglich. Die hauptsächlichsten Punkte der Wahlrechtsvorlage sind: Erhöhung der Zahl der Abgeordneten in Koburg von 11 auf 13 und in Gotha von 19 auf 24, die Ausschaltung des Wahlmännersystems, sowie das Proportionalwahlverfahren für die Städte Koburg, Neustadt, Gotha, Zella und Mehlis, um, wie es in der ministeriellen Begründung heißt, die schwierige Wahlkreiseinteilung dieser Städte zu vermeiden. Wahlberechtigt soll jeder Staatsbürger sein, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt, seit mindestens einem Jahre die Staatsangehörigkeit erworben und für das der Wahl vorangegangene Rechnungsjahr Staatssteuern bezahlt hat. Für die Wählbarkeit wird das 30. Lebensjahr festgesetzt wie seither. Unsere Genossen beantragten u. a. mit dem 21. Lebensjahr das Wahlrecht zu geben; Wählbarkeit vom 25. Jahr an. Die mehr als 150 Paragraphen des Entwurfs boten auch sonst viele Angriffspunkte. In den öffentlichen Verhandlungen der Parlamentchen wird sich erst der Rückstand der Mehrheitsparteien zeigen. Das liberale Koburger Tageblatt verkündet bereits, daß „die Hoffnungen auf eine befriedigende Lösung der Wahlrechtsfeinde noch nicht größer geworden" seien. Der Widerstand gegen die Reform sei noch in alter Stärke vorhanden. Die Regierung wolle jedoch an ihrer Vorlage festhalten.

Politische Uebersicht.

Im Hilfsdienstausschuß

erstattete Abg. Stücklen Bericht über die Ergebnisse der Vernehmungen, die über die Klagen der im Operationsgebiet beschäftigten Arbeiter vorgenommen sind. Im Auftrag des Ausschusses reisten die Abgeordneten Stücklen, Schiele und Schirmer in diese Gebiete; dann soll auf diese Dinge im Ausschuß näher eingegangen werden.

•

Getränkesteuern.

Der Getränkesteuerausschuß trat in der Dienstagsitzung nach dem referierenden Bericht von Müller (Soz.) in die Generaldiskussion des Entwurfs eines Gesetzes betr. die Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken, sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade ein.

Der Unterstaatssekretär Dr. Schiffer erklärt auf Anfrage, daß beim Biersteuergesetz die Bierzollerhöhung nicht mit in das Gesetz hineingearbeitet werden konnte, weil das Biersteuergesetz nur für das Gebiet der norddeutschen Brausteuergemeinschaft gilt, während das Mineralwassersteuergesetz sich über das Gebiet des ganzen Reiches erstreckt; darum ist die Zollerhöhung für Kaffee usw. im Rahmen des Mineralwassersteuergesetzes berechtigt.

Nach dem Entwurf soll alles natürliche und künstliche Mineralwasser in Gefäßen bis zu einem halben Liter mit 2½ Pfennig, in Gefäßen bis zu einem Liter mit 5 Pf., Limonade mit 6 resp. 12 Pf. besteuert werden, Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade werden mit Zöllen belegt, die alle bisherigen Zollsätze zum Teil um 150 Prozent übersteigen. Von sozialdemokratischer Seite wird bemerkt, daß der Versuch dieser Besteuerung ein Versuch am unpassendsten Objekt sei, bei Bier beträgt nach den bisherigen Beschlüssen die Steuerbelastung zirka 25 Prozent, beim Wein 10 Prozent und die Wässer und Limonaden sollen mit einer 50- bis 60prozentigen Steuer belegt werden. Eine Schädigung der Bierindustrie und des Weinbaues wird nicht eintreten, wenn die alkoholfreien Getränke steuerfrei bleiben, die nach einer unsicheren Schätzung 51 Millionen bringen sollen. Die beabsichtigte Zollerhöhung für Kakao, Kaffee und Tee wird als volkswirtschaftlich unverantwortlich und als gesundheitsschädigend bezeichnet. Bei der Minderung unseres Milchviehbestandes muß der Import von Ersatznahrungs- und Genußmitteln erleichtert, nicht erschwert werden.

Obwohl von verschiedenen anderen Rednern die Bedenklichkeit dieser Steuerart anerkannt wurde, stellen alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Unabhängigen Zustimmung in Aussicht, wenn an Stelle der Flaschenbesteuerung Literbesteuerung zugrunde gelegt wird. Ein Regierungsvertreter berechnet, daß bei Literberechnung der Steuersatz 7½ Pf. für Wasser und 18 Pf. für Limonade betragen muß, wenn der erhoffte Betrag von 51 Millionen aufgebracht werden soll. Die Erhöhung des Kaffeezolles soll erst zu einem späteren Termin in Kraft treten, nicht während des Krieges.

Die Spezialdiskussion des aus 40 Paragraphen bestehenden Entwurfs findet nach der Pfingstpause statt, daran werden sich die zweiten Lesungen aller Getränkesteuervorlagen anschließen.

•

Der frühere fortschrittliche Reichs- und Landtagsabgeordnete Albert Hänel ist nach Berliner Blättermeldungen in Kiel gestorben.

•

Die **Chemnitzer Volksstimme** ist vorläufig auf die Dauer von drei Tagen ab 15. Mai **verboten** worden. Das Verbot soll automatisch weiterlaufen, wenn Redaktion und Verlag keine befriedigenden Erklärungen abgeben. Die Ursache des Verbots ist ein am 24. April veröffentlichter Artikel: „Nieder mit dem Militarismus".

Wirtschaftsabkommen mit Rumänien.

Auf Grund des Artikels XXIX des Friedensvertrages ist zwischen Deutschland und Rumänien unter dem 7. d. M. ein besonderes Abkommen über die künftige Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, des Eisenbahnverkehrs, des Post- und Telegraphenverkehrs, sowie über eine Werftanlage in Giurgiu geschlossen worden.

Nach diesem Abkommen verkauft Rumänien an Deutschland, Oesterreich und Ungarn die Ueberschüsse des Landes an Getreide aller Art, einschließlich Oelsaaten, Futtermittel, Hülsenfrüchte, Geflügel, Vieh und Fleisch, Gespinstpflanzen und Wolle für die Ernten der Jahre 1918 und 1919. Brotgetreide kann bis zu 6 Proz. auch in Form von Mahlerzeugnissen geliefert werden. Für die folgenden sieben Jahre verpflichtet sich Rumänien, die Ueberschüsse an den genannten Artikeln zu liefern, falls Deutschland, Oesterreich und Ungarn dies verlangen. Wenn von dem Uebernahmerecht für ein Jahr kein Gebrauch gemacht wird, erlischt die Verpflichtung Rumäniens zur Lieferung auch für die folgenden Jahre.

Für die übrigen nicht genannten landwirtschaftlichen Erzeugnisse bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten mit der Maßgabe, daß sich Rumänien zur Lieferung der Ueberschüsse des Jahres 1918 bereit erklärt. Die Preise der Erzeugnisse werden alljährlich von einer Kommission bestimmt. Die vom rumänischen Staat erhobenen Zölle und Abgaben jeder Art werden zu Lasten des Verkäufers in den Preis eingerechnet.

Rumänien wird für die zu liefernden Erzeugnisse Ausfuhrverbote erlassen, um die Erfüllung des Vertrages sicherzustellen. Die Feststellung der Ueberschüsse erfolgt durch die rumänische Regierung unter Mitwirkung der Vertreter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, soweit hinsichtlich des besetzten Gebiets keine andern Bestimmungen Platz greifen. Die Art und Weise der Aufbringung, der Uebernahme und Zahlung wird durch eine Ausfuhrstelle geregelt.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn werden bestrebt sein, nach Möglichkeit die Ausfuhr aller in Rumänien benötigten Waren zu fördern. Die notwendigen Zahlungsmittel werden gegen Einräumung von Guthaben in der Währung des andern Landes gegenseitig zur Verfügung gestellt. Alle Streitigkeiten sind durch ein aus drei Personen bestehendes Schiedsgericht mit dem Sitze in Bukarest zu entscheiden.

Das Abkommen über die Eisenbahnfragen regelt die Zahlungsverpflichtungen aus der Zeit vor dem Kriege, die Rückgabe oder Ersetzung des Eisenbahnmaterials, das bei Ausbruch des Krieges auf dem Gebiete des andern Teils sich befand, die Förderung des gegenseitigen Verkehrs, auch durch Unterstützung der rumänischen Eisenbahnen beim Wiederaufbau ihres Betriebes, die Frachtsätze für die Einfuhr und Durchfuhr deutscher Waren usw.

Mit Bezug auf das Post- und Telegraphenwesen ist vereinbart, daß Rumänien auf Grund des Artikels 21 des Weltpostvertrages mit Deutschland ein Sonderabkommen für den Postverkehr schließen wird, wonach Deutschland nicht ungünstiger gestellt wird, als ein an Rumänien nicht unmittelbar angrenzendes Land. Weitere Bestimmungen beziehen sich auf den Bau der dritten unmittelbaren Telegraphenleitung zwischen Berlin und Bukarest, auf die Einrichtung des Fernsprechverkehrs zwischen Deutschland und Rumänien, auf den Funkspruchverkehr, auf die rumänische Teilstrecke des Kabels Konstantinopel—Kostanza—Bukarest—Berlin, auf etwaige weitere Kabel nach Konstantinopel, und erteilen der deutschen Regierung das Alleinrecht bis 1950, an der rumänischen Küste Kabel landen zu lassen.

Für den Bau einer Werftanlage verpachtet die rumänische Regierung einer vom Deutschen Reich zu bezeichnenden Gesellschaft ein am Winterhafen von Giurgiu gelegenes Staatsgelände zunächst auf die Dauer von 40 Jahren vom Tage der Ratifikation des Friedensvertrages ab. Der rumänischen Regierung wird eine Kapitalbeteiligung von mindestens 30 v. H. zugesichert.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Gries. Von Donnerstag an auf Marke 174 des Warenbezugsscheines 15 für jede Person ¼ Pfd.

Eier. Donnerstag, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 47001—50500, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 50501—56000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person zwei Stück für 33 Pfennig pro Stück.

Erbswurst. Donnerstag, vormittags von 8—12 und nachmittags 2—6 Uhr: Nr. 35001—70000 des besonderen Bezugsscheins für Personen über 70 Jahre in der Talamtschule. Abzugeben Abschnitt E. Jede Person 1 Stück zu 36 Pf.

Magermilch. Donnerstag auf Abschnitt 5 des Einkaufsscheines für Kinder über Molkerei-Erzeugnisse bei den Milchhändlern Meinhardt, Gr. Brunnenstraße 36 und Jäcksch, Gr. Brunnenstraße 16. Jede Person ½ Liter zu 12 Pf. Zugelassen die Lebensmittelscheine Nr. 52001—56000.

Quark. Donnerstag auf Abschnitt 5 des besonderen Bezugsschein für Kinder und der Lebensmittelscheine Nr. 49001 bis 52000 in der Milchhandlung von Hinsche, Gr. Gosenstraße 21. Jede Person ½ Pfund zum Preise von 37 Pf.

Die Ausgabe von Milchkarten auf Grund ärztlicher Atteste sowie für alte Leute über 75 Jahre erfolgt von Donnerstag bis Sonnabend im Stadternährungsamt. Am Donnerstag sind die Familiennamen A—D an der Reihe. Die übrigen geben wir morgen an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180515-18/fragment/page=0003
DFG

Wie kann eine Wohnungskatastrophe verhindert werden?

Wie auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens, so hat auch die revolutionäre Umwälzung des Krieges mit starkem Druck die Lösung der Wohnungsfrage in den Vordergrund gedrängt. Die ganze Wucht der gesetzlichen Unterlassungen auf diesem Gebiet in den letzten 25 Jahren vor dem Krieg, steht deshalb heute zur öffentlichen Diskussion. Und dabei wird die Wohnungsfürsorge für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer nicht allein in Betracht kommen können, sondern hier sind Maßnahmen sicherzustellen zu der bedeutungsvollen Frage: wie wohnt die große Masse des arbeitenden Volkes überhaupt? Das bekannte Wohnungselend besteht nicht allein in dem Mangel an Wohngelegenheiten, sondern in der sittlichwidrigen und unhygienischen Beschaffenheit der übergroßen Zahl der Kleinwohnungen, wo die Mieter in die Zwangslage kommen, jeden Winkel auszunutzen und dafür 15 bis 25 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes als Mietbetrag zahlen zu müssen. Die Ursachen zu diesen offenkundigen Mißständen: wie Schlafgängerunwesen, Unreinlichkeit der Wohnräume, Seuchengefahr usw. werden in der privatkapitalistischen Ausbeutung und Ueberwertung des Baugrundes und der Wohngebäude, sowie auch anderseits in der spekulativen Zurückhaltung des Geldmarktes zum Wohnbauwesen zu suchen sein. Eine bevölkerungspolitische Wohnungsfürsorge kann deshalb nicht allein darin bestehen: daß der Staat oder die Gemeinde für eine den Bauinteressenten oder sonst genügende Bauordnung sorgt oder durch Wohnungsgesetze allgemeine Richtlinien aufstellt, sondern daß die gesetzlichen Faktoren wie das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden hier tatsächlich durch Schaffung von guten Kleinwohnungen vorbildlich und preisbestimmend eingreifen. Im Zusammenhang mit dem gehört auch die Einschränkung der Terrain- und Häuserspekulation durch Freigabe oder Expropriation (Enteignung) von Bauland, Erschließung von Baustraßen und Darlehen von billigen Baugeldern, wobei die Baugenossenschaften zu bevorzugen wären. Wie aus Einzelleistungen ersichtlich, liegt es sehr nahe, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden unmittelbar durch Eigenbetrieb derartige Wohnungen selbst bauen können und dadurch auf die spekulative Privatbautätigkeit preisregulierend einwirken.

Bei dem voraussichtlich in nächster Zeit im größeren Umfange vor sich gehenden Bau von Kleinwohnungen wird es darauf ankommen, nicht nur notdürftige Wohnungsgelasse herzustellen, sondern Wohnräume zu schaffen, wo Luft, Licht und Sonne leichten Zutritt haben und auch in der Art der Ausgestaltung der Räume die Bewohner mehr mit Lebensfreudigkeit erfüllen. Zu diesem Zweck ist bei der Beschaffung solcher Wohnungen nicht allein Wert auf Kleinsiedlungen und Kleinhäuser zu legen, sondern, wie auch von anderer Seite sehr richtig betont wurde, auch begrenzt das Etagengebäude zuzulassen. Nicht das Etagengebäude an sich mit seinem Treppensteigen, mit der größeren Zahl von Wohnungen und Bewohnern, hat die Mißstände und Abneigung dagegen erzeugt, sondern die beschränkten Wohnungsverhältnisse zum Mietpreis und dabei die Art der Verteilung des zu bewohnenden Flächenraumes und wie sonst diese Wohnräume zu den Kulturforderungen bis zur heutigen Zeit ausgestattet wurden. Für die Mittel- und Großstädte, sowie auch für eine beträchtliche Zahl von Industrieorten wird das Dreietagen- oder Dreitreppenhaus immer seinen Wert behalten. Bei einer örtlichen Dichtigkeit der Bevölkerung durch Mangel an Bauland und im Interesse einer Verringerung der Wohnentfernungen von den Arbeitsstätten, wird das Etagenhaus sich sogar zu einer dringenden Notwendigkeit machen. Bei der Anordnung dieser Wohngebäude wären Hinterhäuser möglichst zu vermeiden, wenn nicht ganz auszuschließen. Das Zulassen von Dach- und Kellerwohnungen ist als gesundheitsgefährlich auf alle Fälle, auch als Notbehelf zu verhindern; denn wir glauben annehmen zu können, daß die „moderne Periode der Höhlenbewohner“ endlich vorüber ist. Zu den bekannten sittlichen Schäden des Schlafgängerwesens darf auch die Forderung nach Ledigenheimen für Männer und Frauen nicht unbeachtet bleiben. Vor allem sind auch Mietssteigerungen, die sich in den seltensten Fällen und nur begrenzt rechtfertigen lassen, gesetzlich zurückzuweisen, da ja bekanntlich die große Masse der Wohngebäude schon vor dem Kriege gebaut wurde. —

Um zu verhindern, daß die kommende Wohnungsfrage sich nicht zu einer akuten Wohnungsnot entwickelt, werden alle illusionären Wünsche und Forderungen zurückgestellt werden müssen; denn nach Lage der Verhältnisse sind die hier in Betracht kommenden Fragen und in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen auch sehr ernst zu prüfen. Es wird auch keinem Zweifel begegnen, daß, wie schon vorauszusehen, in den ersten Jahren nach Friedensschluß sich die ganze Situation äußerst schwierig und bedenklich gestalten wird.

Bei der Besprechung der Wohnungsfrage in der bayrischen Kammer im März dieses Jahres machte der Minister Dr. v. Brettreich einige recht bemerkenswerte Ausführungen; er sagte: „Die schon in Friedenszeiten große Bedeutung der Wohnungsfrage ist im Laufe des Krieges außerordentlich gewachsen. In Friedenszeiten wurden in Deutschland alljährlich ungefähr 350 000 bis 400 000 Wohnungen neuhergestellt, davon in Bayern 25 000 bis 30 000. Die Neubautätigkeit in den Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern, die 1914 noch 5372 Neubauten aufwies, war schon 1915 auf 2025 gesunken. Seit 1916 ist aber ein starker Rückgang an Wohnungen eingetreten, besonders fehlt es an kleinen und mittleren Wohnungen. Die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Kriege kann mit Sicherheit noch nicht vorausgesagt werden, da der Bedarf in den einzelnen Städten noch nicht feststeht. Vor allem sind die zahlreichen kriegsgetrauten Paare unterzubringen. Dazu kommen die zahlreichen Auslandsdeutschen und die Abwanderung aus großen in kleine Wohnungen infolge zahlreicher Todesfälle und der stärkeren Belastung durch die Steuern und die Kriegsteuerung. Der Bedarf an neuen Wohnungen bis Ende des ersten Friedensjahres wird in Deutschland in den ersten Monaten auf 300 000 berechnet, wovon der weitaus größte Teil auf mittlere und Kleinwohnungen entfällt. Eine halbwegs annehmbare Lösung der Wohnungsfrage bietet einen solchen Berg von Schwierigkeiten, daß man fast verzagen könnte. Deshalb müssen alle berufenen Faktoren, Staat und Gemeinde, alle Versicherungsträger, die gemeinnützigen Bauvereine und Private, zusammenarbeiten, damit wir zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gelangen. — Die Erhöhung des Kostenaufwandes bei der Wohnungsherstellung beträgt 80 bis 100 Prozent. Infolgedessen muß möglichst billig und einfach gebaut werden. In dieser Richtung kann noch viel erreicht werden, wenn die Bauten auch künftig gesundheitlichen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen müssen.“ — Im weiteren wies der Minister auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baustoffen und des Geldbedarfs hin. Hierzu ist auch von Interesse wie sich der Kriegsminister v. Hellingrath zu dieser Frage äußerte: er sagte: „Der Antrag der Kammer fordert die Ueberlassung von Leichtbauten und Rohstoffen, die aus den Heeresbeständen frei werden. Ich glaube, daß diese Leichtbauten, Baracken usw. sich weniger als Ersatz für Wohnungsbauten als für Massenquartiere eignen. Auch ist zu bedenken, daß eine große Zahl von ihnen nur auf ihrem jetzigen Aufstellungsort verwendbar ist, weil ein Abbau und Wiederaufbau an anderer Stelle unwirtschaftlich wäre; dies gilt besonders für die Baracken des Feldheeres. Zudem hat die Heeresverwaltung selbst großen Bedarf an Unterkunftsmitteln nach dem Kriege zur Unterbringung der zurückkehrenden Truppen und zur Lagerung der hochwertigen Materialien. Was an Baumaterialien entbehrlich ist, soll ohne Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt werden.“ Die beiden bayrischen Minister waren offen und ziemlich deutlich!

Wenn dennoch von seiten der Unternehmer immer wieder auf das Holz- und sonstige Material an den Fronten, in den Unterkünften usw. hingewiesen wird, so muß z. B. das Holz erst herausgerissen und dann gereinigt, lufttrocken, verwendungs- und transportfähig hergestellt werden. Wie von den militärischen Fachleuten allgemein konstatiert wird, ist davon zu Bauzwecken wenig zu gebrauchen. Im übrigen muß das von den Militärbehörden zur Verfügung gestellte Material, wie Holz, Baracken usw. frei von Ungeziefer und auch sonst hygienisch einwandfrei sein. Dazu kommen die Schwierigkeiten des Abtransportes. Von der Seite ist also nur wenig Material zu erwarten; denn mit Steinbrocken, altem Lattenholz und Stacheldraht kann man keine Häuser bauen! Deshalb müssen sich die Baufachleute jetzt eingehender mit der Materialfrage beschäftigen.

Sehr wertvolle Darlegungen sind hierüber in einem Vortrage: „Die Wohnungsfrage und die Aufgaben der Uebergangswirtschaft“, von dem Königl. Baurat Höpfner in Kassel, im November 1917 gemacht worden. Danach würden nach dem bekannten Bevölkerungszuwachs vor dem Kriege mindestens für jedes Kriegsjahr 200 000 neue Wohnungen gebraucht sein; also insgesamt 800 000 Wohnungen, die in den acht Jahren der Uebergangswirtschaft nachzubauen wären. Ferner für die Jahre der Uebergangswirtschaft, wo voraussichtlich nur eine geringere Volksvermehrung in Frage kommt, können auf jedes Jahr 150 000 angenommen werden. Demnach wären in diesem Zeitraum 800 000 + 8 × 150 000 = 2 Millionen Wohnungen zu beschaffen. — Den Geldbedarf für acht Jahre berechnet Höpfner nach den Durchschnittskosten aller zu schaffenden Wohnungen, die auf 8000 M. anzusetzen sind, mit 16 Milliarden Mark oder jährlich 2 Milliarden Mark, eine Summe, die auch nach anderen Fachleuten vor dem Kriege für Wohnungsbauten ausgegeben wurde. Den achtjährigen Bedarf an Bauland mit Gartenfläche schätzt er für jede Wohnung auf 300 Quadratmeter, also auf 600 Millionen Quadratmeter oder 60 000 Hektar im ganzen, mit Einschluß der Straßen und sonstigen Freiflächen auf 80 000 Hektar. Ferner den Jahresbedarf an Mauersteinen mindestens auf 5⅓ Milliarden und 62 Millionen, an Dachsteinen 1 Milliarde, an Zement auf 287 000 Tonnen, an Kalk auf 2⅓ Millionen Kubikmeter, an geschnittenem Bauholz auf 1¾ Millionen Kubikmeter usw. — Ausgeschlossen bei diesen Zahlen ist der Geld- und Baustoffbedarf der Industriebauten und der sonstigen dringend erforderlichen Gebäude, wie Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude usw. Als selbstverständlich wird hier gelten müssen, daß Luxusbauten in diesem Zeitraum nicht aufgeführt werden.

Um so nach Lage der Dinge den Bauanforderungen und der Nachfrage nach Wohnungen gerecht werden zu können, wird es die erste Aufgabe der Regierungen sein müssen, ohne Zögern der gesamten Baustoffindustrie wieder die Möglichkeit zu einer regelrechten Tätigkeit zu geben; denn nur dadurch kann der Weg als geebnet angesehen werden, eine Wohnungskatastrophe zu verhindern!

G. Heinke.

Bekanntmachung.

Der im Dienste des Proviantamtes befindliche Eduard Steitz ist als Polizeibeamter auf Widerruf vereidigt worden. Er besitzt somit die Berechtigung zur Wahrnehmung polizeilicher Befugnisse.

Die Bestellung des Hilfsdienstpflichtigen Hermann Schneider zum Polizeibeamten wird hiermit widerrufen.

Halle, den 11. Mai 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung

Die Wanderausstellung „Das Kleinkind“

ist bis zum **20. Mai 1918 jeden Tag von 10 bis 1 und von 4 bis 7 Uhr** geöffnet. Eintrittsgeld 20 Pf., Montags 1 M. Führung um 11 und 4 Uhr, daran schließt sich am 1., 6., 13. und 16. Mai **die Besichtigung der Betheke-Lehmann-Stiftung.**

Halle, am 29. April 1918.

Der Magistrat.

Wittekind altberühmtes Solbad in anmutiger, geschützter Lage im Nord. von Halle S. Sol-, Kohlensäure- u. mit echter Schmiedeberger Eisenmoorerde zubereitete Moorbäder. Solquelle mit kräftiger Radioaktivität. Elektr. Lichtbäder. Kurpark in Verbindung mit dem romantisch gelegenen Zoologischen Garten auf dem Reilsberge. In nächster Nähe: Bürgerpark, Burgruine Giebichenstein mit altem Park, Klaus- und Galgenberg. Nachtigalleninsel und Bergschenke. Wohnungen im Kurhause und in den Villen des Bades. Aerztliche Behandlung übernehmen alle medizinischen Professoren und Aerzte Halles. Medizin. Leitung des Bades: Geh. San.-Rat Dr. Mekus. Das Bad ist Eigentum der Stadt Halle a. S. und wird von dieser selbst verwaltet. Der reichillustrierte Prospekt wird Interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt. Fernruf: Direktion, Halle a. S. Nr. 6844. Badeanstalt: Fernruf Nr. 2675 (für Bestellung der Bäder). [1050

„Kalztrunk“

Aus der Calciumquelle Hubertusbad, Thale.

Bietet, bei den Mahlzeiten getrunken, besten **Ersatz** für den bei der jetzigen Ernährung fehlenden **Kalkgehalt** der Speisen!

Ist das erfrischendste, **gesundheitlich förderlichste Getränk für kranke, schwächliche, nervöse** Konstitutionen!

Ist das geeignetste Getränk gegen **die Krankheiten des Alters** und für **Kinder!**

Bietet **den besten Ersatz für die jetzt fehlenden Getränke!**

Uebertrifft an **Bekömmlichkeit** alle Limonaden, alkoholfreien Getränke und Mineralwasser!

Preis für die Flasche nur 15 Pf.

Generalvertrieb für Halle und Umgegend:

Wilhelm Rauchfuß' Brauereien.

Fernruf 5827 und 5828.

[1186

Bettfedern, Daunen fertige Betten

empfiehlt [1008

Eduard Graf, Halle

Markt 11.

Empfehle:

Gummisohlen

für Schuhmacher u. Händler.

Selten günstiges Angebot!

Absätze von 40 Pf. an.

Gummihaus, Große Ulrichstraße 35.

Kaffeegarten Trotha.

Unterhaltungsmusik, Kaffee, Kuchen und Torte. [997

Freiberger Eier. Gutenberger Fruchtwein.

Ergebenst ladet ein **Otto Hutans.**

Zoo

Donnerstag, 16. Mai
4 Uhr nachmittags
und 7½ Uhr abends:

Konzert

vom Stadttheater-Orchester.
Leitung: Kapellmeister **Karl Nöhren.**

Eintrittspreise:
Erwachsene 50 Pf., von 7 Uhr an 35 Pf., Kinder 20 Pf.
Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt. [1188

Hallescher Hausfrauenbund

1185] **Rathausstraße 17.**

Täglich geöffnet von 10—12 Uhr.

Im Mai und Juni jeden Mittwoch abends 8 Uhr:

Anweisung zum Stopfen der Kochkiste.

Dauernd Parteikrieg oder Wiedervereinigung.

Erwägungen und Anregungen zur Krise in der deutschen Sozialdemokratie.

Von R. Drescher.

Preis 20 Pfennig.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Papier

Zeitungen und Bücher 26 M., gew. Papier 18 M.

pr. 100 kg kauft [973

A. Rein, Königsberg 5.

Tel. 2409.

Alte, abgespielte auch 1046] zerbrochene

Grammophon-Platten

kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf

Gustav Uhlig

Uhren u. Musikwerke, untere Leipziger Str.

Sonntag geöffnet von 8,30 bis 9,30 Uhr vorm. und mittags von 11,30 bis 1,30 Uhr.

Beethoven-Abend in der Paulusgemeinde

Donnerstag, den 16. Mai, 8 Uhr abends im Gemeindehaus, Hohenzollernstraße 11:

Weihevolle Musik.

Vortrag: Beethoven als Lebenskämpfer.

Männer u. Frauen willkommen

Eintritt 10 Pf. [1187

Stadt-Theater

Donnerstag, 16. Mai

Anfang 7,30 Uhr Ende 10 Uhr

Der Probekandidat.

Schauspiel von Max Dreyer.

Freitag: **Die Rose von Stambul.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751918O515-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 109. Halle, Mittwoch den 15. Mai 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 15. Mai 1918.

Allgemeine Wohnungszählung.

Auf Grund des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 hat der Bundesrat, wie seinerzeit schon mitgeteilt, eine Wohnungszählung angeordnet, die in der Zeit vom 12. bis 31. Mai 1918 in allen Bundesstaaten stattzufinden hat. Sie ist vorgeschrieben in allen Gemeinden, die nach der Volkszählung vom 5. Dezember 1917 5000 und mehr Zivileinwohner hatten. Die Zählung kann auf kleinere Gemeinden erstreckt werden.

Die Zählung soll unter Leitung und Verantwortlichkeit der Gemeindebehörden vorgenommen werden. Hauseigentümer und Haushaltungsvorstände haben die nötigen Angaben zu machen. Eine Wohnungszählung ist eine neue Aufgabe insofern, als eine einheitliche Zählung der vorhandenen Wohnungen im Deutschen Reiche bisher nicht vorgenommen worden ist, sie findet gerade in den Zuständen, die der Krieg geschaffen hat, ihre Rechtfertigung.

In Friedenszeiten werden im Gebiete des Deutschen Reiches jährlich etwa 200 000 Wohnungen, darunter 140 000 für die minderbemittelten Klassen, gebraucht. Für die Zeit nach dem Friedensschluß wird sich dieser Bedarf dadurch steigern, daß nun schon zwei Jahre lang die Bautätigkeit fast vollkommen stockt, und daß zahlreiche Familiengründungen während des Krieges erfolgt sind und nach Friedensschluß weiter erfolgen werden. Eine besonders starke Nachfrage wird nach kleinen Wohnungen entstehen. Schon heute sind in den großen Städten des Großherzogtums die Gemeindevorstände genötigt, beim Vierteljahrswechsel für die Unterbringung obdachloser Familien Sorge zu tragen. Staat und Gemeinden werden sich der Aufgabe nicht entziehen können, Maßnahmen ins Auge zu fassen, wie dem befürchteten Wohnungsmangel abgeholfen werden kann. Die Wohnungszählung soll feststellen, in welchem Umfang ein solcher Mangel besteht. Sie erfolgt durch Hauslisten. Für jedes Haus mit mindestens einer Wohnung ist eine Hausliste aufzustellen. In diese sind alle Wohnungen, die bewohnten und die leerstehenden einzeln einzutragen. Für jede Wohnung wiederum ist die Zahl der Wohnräume, und ob eine eigene Küche vorhanden ist, anzugeben. Die Zahl aller Bewohner einer Wohnung, einschließlich Dienstboten und Schlafgänger, und endlich der Mietspreis ist anzuführen. Besonders wichtig für die Feststellung des Wohnungsbedürfnisses nach dem Kriege ist die Frage der Hausliste, ob sich in der Wohnung außer der Ehefrau oder der Haushaltführenden eine verheiratete oder verwitwete Frau aufhält, die zur Zeit keine eigene Wohnung hat und nach dem Kriege mit ihrem Ehemann oder ihren Kindern oder allein eine besondere Wohnung beziehen wird, gegebenenfalls in welcher Gemeinde der Mann dieser verheirateten oder verwitweten Frau zuletzt gewohnt hat.

Von den aufgeworfenen Fragen wird als die dringendste die nach der Zahl der leerstehenden Wohnungen und nach der Zahl der beanspruchten Wohnungen zunächst bearbeitet werden. Auf richtige, gewissenhafte Beantwortung wird besonderer Wert gelegt.

*

Warenankäufe von Unbekannten.

Von der Preisprüfungsstelle in Halle wird uns geschrieben:

Die Behörden haben in letzter Zeit mehrfach die Wahrnehmung gemacht, daß Kaufleute, Gastwirte und Gewerbetreibende größere Posten Lebensmittel von Feldgrauen, die die Waren aus den besetzten Gebieten mitgebracht haben wollen, käuflich erwarben, ohne daß sie von dem Käufer sich eine Rechnung oder Quittung ausstellen ließen und sich über die Person des ihnen völlig unbekannten Verkäufers vergewisserten. Da es sich in der Regel um beschlagnahmte Waren handelt, für die ungerechtfertigt hohe Preise gefordert und bezahlt werden, liegen bei derartigen Geschäften meistens Vergehen gegen die Kriegsgesetze oder sonstige Bestimmungen vor.

In diesem Zusammenhang wird auf die Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel (23. September 1915) verwiesen, die die während der Kriegszeit im Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs hervorgetretenen und letzten Endes auf das Geschäftsgebaren unzuverlässiger Personen zurückzuführenden Mißstände, insbesondere die übermäßigen Preistreibereien in den genannten Gegenständen, beseitigen und bekämpfen soll. Die Käufer solcher, von Verbrauchern erworbenen Waren sind aber auch als strafbare Kettenhändler im Sinne der Bundesratsverordnung vom 20. Juni 1916 anzusehen, weil sie ein überflüssiges und die Ware in schädlicher Weise verteuerndes Glied in dem Verteilungsprozeß der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher darstellen. Daher ergeht die Warnung an alle Geschäftstreibenden: Keine Ware von Personen zu kaufen, deren Namen und Wohnung man nicht kennt. Wer hiergegen verstößt, setzt sich bei Beschlagnahme der Ware der Gefahr aus, nicht nur keinen Rückgriff an seinen Vormann nehmen zu können, sondern noch gerichtlich bestraft zu werden.

Die „Feldgrauen" sind in vielen Fällen nur vorgeschobene Personen, die der Bewirtschaftung unterworfene gestohlene oder bereits übermäßig verteuerte Waren gewissermaßen nur als Botengänger vermitteln und den Ursprung der Waren gar nicht kennen. Die Vermutung ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß manche dieser Händler oder Vermittler die Uniform zu Unrecht tragen.

---

* **Aussatzch älterer Landsturm-Jahrgänge.** Wie aus zahlreich eingehenden Gesuchen und Anfragen hervorgeht, herrscht über die seit einiger Zeit für den Aussatzch der älteren Jahrgänge des Landsturms bestehenden Bestimmungen vielfach Unklarheit. Zur Beseitigung von Zweifeln und Einschränkung aussichtsloser Gesuche wird daher bekannt gegeben: Der Aussatzch erfolgt im allgemeinen nur bei den Truppen der vordersten Linie. So lange die Ersatzlage es zuläßt, soll die Maßnahme in besonders berücksichtigenswerten Fällen auch auf solche Truppen ausgedehnt werden, die zwar nicht zu denen der vordersten Linie gehören, aber trotzdem dem feindlichen Feuer stark ausgesetzt sind. Der Aussatzch erstreckt sich nur auf Mannschaften, die länger als sechs Monate in vorderster Linie Dienst getan haben. Diese werden aus der vordersten Stellung zurückgezogen. Eine Zurückversetzung in die Heimat ist dagegen nicht ohne weiteres angängig, da auf die Verwendung auch der älteren Landsturmleute hinter der Front, in rückwärtigen Formationen und in der Etappe vorläufig noch nicht verzichtet werden kann. Der Aussatzch war zunächst beschränkt auf die 45jährigen und älteren Landsturmleute. Soweit die Ersatzlage es gestattet, soll die Maßnahme auch auf die nächstjüngeren Jahresklassen ausgedehnt werden. Der Aussatzch findet im allgemeinen nach dem Alter statt, besondere persönliche, wirtschaftliche, familiäre und gesundheitliche Verhältnisse berechtigen zu Ausnahmen. Das Fortschreiten des Aussatzches kann nicht gleichmäßig erfolgen, es ist von der jeweiligen Ersatzlage in den einzelnen Korpsbezirken abhängig. Ohne Rücksicht auf das Lebensalter können Väter zahlreicher unversorgter Kinder und die letzten überlebenden Söhne von Familien, die durch den Verlust ihrer übrigen Söhne besonders schwer geprüft sind, aus der vordersten Linie zurückgezogen werden, soweit es die militärischen Verhältnisse, insbesondere die Ersatzlage, gestatten.

* **Zur Enteignung der Hauseinrichtungsgegenstände** wird amtlich mitgeteilt: Die Erörterung über die Durchführung der Beschlagnahme und Enteignung von Metallgegenständen in der Presse, im Preußischen Landtage und im Reichstage, hat vielfach den Anschein erweckt, als sollte die Bekanntmachung vom 26. März 1918 betreffend Enteignung der Hauseinrichtungsgegenstände zurückgezogen, mindestens aber abgeschwächt werden. Deshalb sind bei den zuständigen Dienststellen Anfragen und Eingaben eingegangen, inwieweit die bisher getroffenen Anordnungen zurückgezogen werden würden. Demgegenüber muß ausdrücklich betont werden, daß nach Lage der Sache die erlassenen Bekanntmachungen ohne jede Einschränkung weiter durchgeführt werden müssen. Den von den Kommunalverbänden ergangenen Aufforderungen muß deshalb uneingeschränkt nachgekommen werden.

* **Die Ausgabe von Bescheinigungen zum Bezuge von Saatkartoffeln** wird Sonnabend, den 18. Mai, geschlossen. Nach diesem Tage werden Saatbescheinigungen unter keinen Umständen mehr ausgegeben.

* **Der Paketverkehr nach Bulgarien** ist wegen vorübergehender Verkehrsschwierigkeiten auf dem Balkan für einige Zeit gesperrt worden. Voraussichtlich wird die Sperre nur kurze Zeit dauern.

* **Gegen die Ortskohlenstelle** richtet der Vorsitzende des Handwerksmeistervereins, die bekanntlich diese Beschwerde jenes Vereins über die geplante Kohlenversorgung zurückgewiesen hatte, eine Replik, in der es hauptsächlich heißt: „Die Kohlenstelle übergeht mit Stillschweigen, daß es sich in erster Linie um die Verordnung über Hausbrandkohlen und die von denselben etwa zu verwendenen Kohlen für die gewerblichen Zwecke handelte. Ueber die Zuteilung der wirklichen, gewerblichen Zwecken dienenden Kohlen schweig sich die Kohlenstelle aus, und muß angenommen werden, daß dieselbe wie im Vorjahr zu sehr später Zeit nach Erledigung des Hausbrands erfolgen würde. Die erste Frage ging die sämtlichen Haushaltungen an und erregte festgestellermaßen in allen Kreisen lebhafte Beunruhigung, welche wohl kaum der Kohlenstelle entgangen sein kann. Die Berufung auf den § 27 als Anklage gegen den Handwerkermeisterverein ist völlig mißglückt, ist im Gegenteil zu glänzender Rechtfertigung geworden. Derselbe soll nach Aussage der Kohlenstelle besagen, daß für die Gewerbe etwa zwei Drittel des früheren Bedarfs in Aussicht gestellt würden. Da nun im Vorjahr etwa 20 bis 30 Prozent weniger Kohlen als in normalen Zeiten zugestanden wurden, und dieses Jahr etwa zwei Drittel dieses Quantums glaubt zugesichert werden zu können, ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß dieses Jahr nur die Hälfte und weniger zur Verfügung gestellt werden soll. Man vergleiche auch die 25 Ztr. für Hausbrand, welche nur etwa 20 Prozent der normalen Menge decken können."

* **Die Hallesche Hausbesitzerbank** hat dieser Tage ihre Generalversammlung abgehalten. Dem hierbei vorgelegten Jahresbericht des Vorstandes sei folgendes entnommen: „Das Jahr 1917 stand noch voll unter den Einflüssen des Weltkrieges, der es in seinen Erträgnissen beeinflußte. Die große Geldflüssigkeit des Vorjahres blieb auch für das Berichtsjahr 1917 in auffteigender Bewegung, so daß die Bilanz einen Bestand auf Spar-Einlage-Konto von über ¾ Millionen Mark aufweist, bei einem Barbestand von über 400 000 M. im Bankverkehr. Dank der Ausdauer und unermüdlichen Tätigkeit der verschiedenen Kreise, die sich mit der Selbsthilfe der Hausbesitzer befassen, ist es gelungen, Hypothekenschutzbanken ins Leben zu rufen, die bestimmt sind, namentlich den nachstelligen Hypotheken Schutz zu gewähren, um so den soliden Hausbesitz von großer Sorge zu befreien, gleichzeitig aber auch das verlorengegangene Vertrauen des Privatkapitals für nachstellige Hypotheken zurückzugewinnen." Unter Berücksichtigung der statutarischen Rücklagen empfahl der Vorstand der Generalversammlung, den Reingewinn wie folgt zu verteilen: 15 Prozent Reservefonds 2478 M., 10 Prozent Spezialreservefonds 1652 M., 6 Prozent Dividende auf 134 817 M. 8089 M., Stiftungsgelder dem Aufsichtsrate 1900 M., Tantieme dem Vorstande 2000 M., Vortrag auf neue Rechnung 504 M., insgesamt 16 524 M. Die Versammlung beschloß demgemäß.

* **Zahlkarten sind zu frankieren.** Die neue Bestimmung, daß vom 1. April an die Zahlkarten frei zu machen sind, scheint noch nicht genügend beachtet zu werden. Um eine weitere Ueberbürdung der Schalterbeamten, die schon so überlastet genug sind, zu vermeiden, wird 25 Mark lauten, eine 5-Pfennig-Marke und auf solche, die über 25 Mark lauten, eine 10-Pfennig-Marke selbst aufzukleben.

* **Unberechtigte Benutzung höherer Wagenklassen.** Die Eisenbahn-Direktion schreibt: In den — zur Zeit meist stark besetzten — Eisenbahnzügen kann man häufig die Wahrnehmung machen, daß Reisende in einer höheren Wagenklasse Platz nehmen, als ihnen nach der gelösten Fahrkarte zusteht. Die weitverbreitete Meinung, daß sie dazu ohne weiteres berechtigt seien, wenn sie in der ihnen zustehenden Klasse keinen Platz finden, ist irrig. Nur auf Anweisung der Zugbeamten oder der diensttuenden Bahnhofsbeamten ist es zulässig, eine höhere Klasse zu benutzen. Die Eisenbahnverwaltung hat eine verschärfte Prüfung der Fahrkarten durch besondere Ueberwachungsbeamte angeordnet. Reisende, die ohne dazu berechtigt zu sein, in einer höheren Wagenklasse angetroffen werden, sollen künftig wie Reisende ohne gültige Fahrkarte behandelt und zur Zahlung des nach der Eisenbahn-Verkehrsordnung verwirkten erhöhten Fahrgeldes angehalten werden.

* **Erfordernisse bei der Abhaltung von Versammlungen.** Nach Verordnungen des stellv. kommandierenden Generals hat jeder, der eine Versammlung in einem geschlossenen Raume oder unter freiem Himmel oder einen Aufzug auf öffentlichen Straßen und Plätzen veranstalten will, hierzu mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Veranstaltung unter Angabe des Ortes und der Zeit die Genehmigung der Polizeibehörde einzuholen. Weiter darf nach einer anderen Bekanntmachung des stellv. kommandierenden Generals die Ankündigung von diesen Versammlungen u. dergl. nicht früher erfolgen, als bis die polizeiliche Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung erteilt worden ist. Unter den Begriff Versammlungen fallen nicht nur öffentliche politische, sondern Versammlungen jeder Art, also auch Vereinsversammlungen usw. Es

---

Handel und Wandel.

35] Von F. W. Hackländer.

Da stand vorn im Laden das grinsende Skelett des Doktor Burbus, in ein weißes Leintuch gehüllt. Philipp traute seinen Augen kaum, und im ersten Moment, da sich beim schrecklichen Anblick seine Begriffe verwirrten, glaubte er, das Skelett sei ihm gefolgt, um sich für die gute Tat, die er an ihm begangen, zu bedanken. Doch das Gelächter einiger zwanzig Buben, die vor dem Laden versammelt standen, brachte ihn zu sich und er sah wohl, daß ihm die Nachbarin den Streich gespielt habe. Was sollte er beginnen? Im Hinterstübchen mußte Jungfer Barbara eben aus ihrer Ohnmacht erwacht sein, denn sie kreischte von neuem mit verdoppelter Kraft; die Magd hörte nicht auf „O je, o je!" zu schreien, und dabei focht sie mit einem langen Besen gegen den Knochenmann. Die Buben auf der Gasse belustigten sich mit allerhand schlechten Späßen. „Fastnacht ist da!" — „Nein, es war der Tod selbst; er will den Herrn Reißmehl holen." — „Ich weiß, ich weiß!" schrie jetzt eine quiekende Stimme aus dem dichten Haufen; „Jungfer Barbara hat sich maskiert, die war es!" Und ein ungeheures Gelächter folgte dieser letzten Bemerkung.

Jetzt stürmte auch der Prinzipal, den selbst der furchtbare Lärm bis jetzt in einer wichtigen Addition nicht gestört hatte, aus der Schreibstube und schlug die Hände über dem Kopf zusammen, als er in seinem ehrsamen Laden solchen Auftritt sah. — „Philipp!" schrie er, „was soll das heißen?" Und als dieser keine Antwort gab, wandte er sich an die Magd und sagte: „Magret, lauf Sie auf die Polizei! das ist mir zu arg!" — Nach der Polizei brauchte die Magd nicht zu gehen; denn bereits arbeitete sich Mürtens durch den dichten Haufen der Buben durch und trat in den Laden.

„Herrr!" schrie der Prinzipal, der nach vielen Jahren zum erstenmal in Zorn geriet, „was sind das für Geschichten? Wie können Sie es leiden, daß ein ehrsames Handlungshaus zum Gespött frecher Buben wird? Warum schützen Sie mein Haus nicht?" — „Hat sich viel zu schützen, Herr Reißmehl," entgegnete der Polizeisoldat. „Der beste Schutz ist, wenn Sie das Ding, das Sie doch einmal gekauft haben, so schnell wie möglich ins Haus hineinschaffen."

„Ich? ich? ich hätte das Ding gekauft?" — „Ja, Sie oder Ihr Ladengehilfe. Da steht er ja. Er soll es Ihnen selbst sagen."

Philipp stand da, ein Bild des Jammers. Es gibt für ein edles Gemüt nichts Empfindlicheres, als eine gute Tat, die man hat im stillen begehen wollen, so öffentlich dem rohen Urteil der Welt preisgegeben zu sehen. Und Philipp mußte seinen Edelmut preisgeben und dem Prinzipal gestehen, daß Jungfer Barbara und er das Skelett gekauft, und weshalb. Diese Auskunft war aber nicht geeignet, die Aufregung des Prinzipals zu besänftigen; vielmehr war es schauerlich anzusehen, wie der sonst so ruhige und gemessene Mann ob dieser Entheiligung seines Ladengewölbes in den schrecklichsten Zorn geriet. Wie toll drang Herr Reißmehl mit beiden Beinen zugleich in die Höhe; bald rief er gegen das Hinterstübchen nach seiner Schwester, bald drohte er mit der Faust dem unglücklichen Philipp, jetzt sprang er gegen das Skelett selbst an und drehte sich dabei so blitzschnell im Kreise, daß sich seine fuchsige Perücke hinten und vorn lüftete.

Trotz aller Mühe wolle es unterdessen dem Polizeisoldaten nicht gelingen, die Bubenschar zu verjagen; es kamen ihrer von Minute zu Minute mehrere hinzu, und die Hintersten drängten die ersten, so daß diese dem Knochenmann immer mehr auf den Leib rückten. Herr Reißmehl befahl in seinem Zorn mit kreschender Stimme, das Haus zu schließen; niemand gehorchte ihm, und die Buben, die ein wenig zurückwichen, wenn er einen Satz gegen sie machte, drangen gleich darauf um so weiter wieder vor, und so kam es denn, daß bei einem solchen Stoße die vorderen, obgleich kreischend und widerstrebend, gegen das Skelett gedrückt wurden. Dieses begann zu wanken, bekam das Uebergewicht und stürzte mit solcher Gewalt auf den Steinboden, daß die meisten Drähte des Knochengebäudes brachen, Rippen, Arme und Beine zersprangen, und der Kopf dem unglücklichen Herrn Reißmehl zwischen die Füße rollte, der über den Schädel hinweg einen furchtbaren Satz machte und dann in die Schreibstube stürzte, wo er kraftlos auf einem Stuhl zusammensiel.

Beim Sturz des Skeletts stoben die Buben vor Schrecken nach allen Richtungen auseinander, und der Polizeisoldat, der allein kaltes Blut behalten, war endlich imstande, die Haustür zu schließen. Philipp, mit dem Kopf auf den Ladentisch gesunken, weinte vor Jammer und Aufregung so heftig, daß seine Tränen, einem Bächlein vergleichbar, auf dem eichenen Tisch dahinfließen. Und Barbara? Wenn ich sage, daß Margarete, die Dienstmagd, nach drei verschiedenen Aerzten geschickt wurde, so kann man sich leicht denken, wie es im Hinterstübchen aussah.

18.

Genesung.

Von all diesen Stürmen in dem Hause, in dem ich bis jetzt als Lehrling gedient, erfuhr ich natürlich gar nichts, sondern lag in meinem Bette, schlief fast den ganzen Tag oder schaute die Mühle und die Ritterburg an. Leider aber war in meiner Krankheit ein Rückfall eingetreten; ich hatte die Nacht sehr unruhig zugebracht und lag am Morgen zum Entsetzen der Schmiedin in heftigem Fieber. Sie stand an meinem Bette und fühlte mir den Puls, wobei sie den Kopf wegwandte, daß ich ihre Tränen nicht sehen sollte, und als die Großmutter sagte, ich habe mich wahrscheinlich in der Nacht erkältet, schüttelte sie traurig das Haupt und hatte etwas auf der Zunge; man sah, daß sie kräftig mit sich selbst rang, es hinunterzuschlucken. Endlich aber konnte sie sich nicht mehr halten und schluchzte so laut, daß ich erschrocken auffuhr. „Ach, Frau Pastorin," rief sie, „und wenn Sie's mir noch so übelnehmen, ich kann es doch nicht verhalten! Erkältung? O Gott, nein! Sie wissen ja wohl, daß ich die Bettdecke jeden Abend festbinde! Nein, Frau Pastorin, aber der Gerstenschleim — ja, ich muß es behaupten, der Gerstenschleim, der hat das Fieber aufs neue herbeigeführt. Hätte man dem Kind Weinsuppe gegeben, wie ich es vorgeschlagen habe, so liefe es heute wieder frisch und gesund herum. Aber Gerstenschleim ist ein wahres Gift."

Hör' Sie," sagte die Großmutter sehr ernst, „ich kann Ihr wegen ihrer Rechthaberei nicht ewig den Text lesen; aber Schmiedin, Schmiedin, die Rechthaber und Wortklauber sind unangenehm vor dem Herrn, hat mein Mann selig, der Pastor, hundertmal gesagt. Was Weinsuppe oder Gerstenschleim! Das hat keins von beiden getan. Sie ist doch sonst eine gescheite Person, geh' Sie mir mit den Kindereien!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180515-18/fragment/page=0005

macht sich demnach z. B. der Vorsitzende eines Vereins, der eine Vereinsversammlung in der Zeitung oder durch Rundschreiben und dergl. ankündigt, strafbar, wenn die polizeiliche Erlaubnis zur Abhaltung der Versammlung noch nicht erteilt ist. Ferner macht er sich strafbar, wenn er diese Versammlung abhält, ohne dazu die polizeiliche Genehmigung erhalten zu haben. Die Polizeiverwaltung erteilt über jede genehmigte Versammlung einen schriftlichen Bescheid.

Städtische Verschönerungen. Am Saaleufer auf der Ratswiese, von den Pulverweiden an, hat die Stadtgärtnerei entsprechend dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung einen breiten Streifen abgegrenzt und einen Weg bis vor die Rabeninsel geschaffen mit drei Reihen Bäumen. Außerdem ist der der Goldenen Egge in den Pulverweiden gegenüberliegende Restaurationsgarten neu eingezäunt und zu einem Spielplatz für Kinder umgewandelt worden.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Herr Professor Karsten hat die große Freundlichkeit, den Kleinpächtern und Mitgliedern des Bundes kräftige Tomatenpflanzen zu dem billigen Preis von 25 Pf. pro Stück abzugeben. Auf der Geschäftsstelle des Bundes werden die Bezugsscheine ausgegeben. Die Kleinpächter und Mitglieder des Bundes werden gebeten, sich unverzüglich Tomatenpflanzen zu sichern.

* **Ueber die Bartflechtenseuche** läßt sich jetzt das städtische Gesundheitsamt in Leipzig folgendermaßen aus: In der letzten Zeit sind, wie in vielen andern deutschen Städten, besonders in Westdeutschland, so auch in Leipzig, Bartflechte und ähnliche Haut- und Haarkrankheiten häufiger aufgetreten. Die Krankheit ist aller Wahrscheinlichkeit nach durch Soldaten aus dem Westen eingeschleppt und verbreitet worden. Nach fachärztlicher Erfahrung wird sie hauptsächlich durch Rasieren in den Barbierstuben verbreitet. Zur Bekämpfung des Leidens und Verhütung weiterer Ansteckung wird dringend angeraten, daß jeder, der einen Hautausschlag an Gesicht, Kopf, in der Bartgegend, an den Händen bekommt, sofort den Arzt aufsuche; er darf keinesfalls eine Barbierstube aufsuchen; jede engere mittelbare oder unmittelbare Berührung andrer Personen, z. B. Zusammenschlafen, Küssen, Benützung derselben Gegenstände wie Handtücher, Bürsten, Kämme, muß er unterlassen. Von vielen Aerzten wird als bester Schutz gegen die Bartflechte empfohlen, daß man sich in Zeiten der Ansteckungsgefahr entweder selbst rasiert oder überhaupt nicht rasiert, sondern den Bart wachsen läßt; einen gewissen, wenn auch nicht sicheren Schutz gewährt noch die Benützung eigenen Rasierzeuges und eigener Wäsche. Die Barbiere sind amtlich angewiesen worden, alles zu tun, was zur Bekämpfung der Krankheit beitragen kann. Insbesondere müssen sie jeden, der einen Ausschlag hat, zurück- und zum Arzt verweisen, es sei denn, daß er ein ärztliches Unbedenklichkeitszeugnis beibringt; sie dürfen ferner die Rasierpinsel nicht mehr benützen, dürfen nur noch Papierwäsche verwenden und müssen sich vor Bedienung jedes neuen Kunden die Hände waschen und danach an einem sauberen Handtuch abtrocknen. Wenn diese Maßregeln vom Publikum und von den Barbieren befolgt werden, so darf man ein baldiges Erlöschen der Seuche erhoffen.

* **Die Riebeckschen Montanwerke** haben kürzlich das dem Geheimen Hofrat Richards in Königsberg gehörige Parkhotel am Riebeckplatz auf drei Jahre gepachtet. Der Pachtpreis beträgt 25 000 M. für das Jahr. Wie es heißt, beabsichtigen die A. Riebeckschen Montanwerke große Umänderungen in ihrem eigenen Verwaltungsgebäude vorzunehmen, und während dieser Zeit soll das erpachtete Hotel zu Kontorräumlichkeiten hergerichtet werden.

* **Die evangelischen Arbeitervereinler für das gleiche Wahlrecht.** Der Mitteldeutsche Verband Evangelischer Arbeitervereine hat am Sonntag in Halle seinen diesjährigen Verbandstag abgehalten und dabei vor Eintritt in die Verhandlungen folgende Resolution angenommen: „Der Verbandstag der Evangelischen Arbeitervereine gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung an dem gleichen Wahlrecht auch nach Ablehnung ihrer Vorlage in dritter Lesung festhält. Er erstrebt mit dem gleichen Wahlrecht nicht eine einseitige, die Festigkeit des preußischen Staates und die Pflege und Förderung seiner Kulturaufgaben bedrohende Herrschaft der Massen, sondern erwartet vielmehr durch die Mitarbeit aller Berufe und Stände unseres Volkes am Auf- und Ausbau unseres Staatslebens eine friedliche und kräftige Weiterentwicklung entsprechend den Aufgaben und Bedürfnissen der modernen Zeit. Was die Reform des Herrenhauses anlangt, so fordern wir eine stärkere Vertretung der evangelischen Kirche und vor allem des Arbeiterstandes." Hoffentlich bleiben die evangelischen Arbeitervereinler auch dann noch so konsequent, wenn die Wahlrechtsreform weiterhin noch derartig verschleppt und verschandelt werden sollte, wie es jetzt im preußischen Dreiklassenhaus geschieht.

* **Vermißt.** Am 18. April hat sich der Invalide Hermann Riede, am 21. Oktober 1875 in Friedrichsschwerz geboren, aus seiner Wohnung in Halle heimlich entfernt, ohne bisher ein Lebenszeichen von sich zu geben. Er ist 1,72 m groß, hat dunkelblondes, etwas graumeliertes Haar, dunklen Schnurr- und Spitzbart, blaugraue Augen, lückenhafte Zähne, schleppenden Gang und war bei seinem Fortgange bekleidet mit rotbraunem Anzug, braunem weichen Filzhut, schwarzen Schnürschuhen, Trikothemd und gelber Krawatte. Riede ist schwer nervenleidend. Es ist nicht unmöglich, daß er ziellos umherwandert, vielleicht auch seines kranken Zustandes wegen in irgend einer Krankenanstalt aufgenommen ist. Wahrscheinlicher ist aber, daß er Selbstmord verübt hat. Auf unbekannte Leichen wird deshalb hingewiesen. Nachrichten über den Verbleib des Riede erbitte die Kriminalpolizei in Halle zu PBa 3534/18; dort liegt auch ein Lichtbild des Vermißten aus.

* **Abgefaßt.** Auf der Nietlebener Chaussee wurd vier jugendliche Arbeiter von einem berittenen Polizeibeamten beim Diebstahl einer Kuhhaut im Werte von 100 M. betroffen. Die Kuhhaut, die von einem mit Häuten beladenen Fuhrwerk gestohlen war, konnte dem Geschirrführer zurückgegeben werden. Die Namen der Täter sind festgestellt.

* **Gestohlen** wurden während der ersten Maiwoche: 6 weißleinene Frauenhemden mit Zackenspitze, gez. „D. S."; 12 weiße Handtücher, Blumenmuster, gez. „A. L." 2, rotkarierte Wischtücher, gez. „D. S.", 2 weiße Barchent-Frauenhosen, vermutlich „D. S." gez.; 3 weiße Bettücher, davon 2 gez. „A. L." und „D. S."; 1 goldene Damenuhr, geriefter Rückdeckel mit den eingravierten Buchstaben „M. K."; 2 weiße Bett- und 2 Kopfkissenbezüge; 2 weiße Bettücher; 1 großes weißes Damasttafeltuch; ein weißes Tischtuch; 2 weiße Damenhemden mit Stickerei; 2 weiße Damenbeinkleider mit Stickerei; 2 weiße Damen-Nachthemden, die Hauswäsche „M. N." und die Leibwäsche „H. M." gez.; 1 blau- und weißkarierter Bettbezug; 3 weiße Handtücher, gez. „M."; 2 weiße Untertaillen; 2 Paar braune und schwarze Damenstrümpfe; 2 Paar schwarzwollene Herrenstrümpfe, 1 wollenes Herrenhemd; 1 weißwollene Herrenunterhose; 1 neues weißes Barchent-Damenhemd; 1 weißer Unterrock, gez. „H. M."; 2 weiße Trägerschürzen.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, 6½ Uhr, Festvorstellung „Tannhäuser". Donnerstag zum erstenmale „Der Probekandidat" von Max Dreyer. Spielleitung Ludwig Masson, in den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Biedermann, Hartmann, Debicke und Gratvi, sowie die Herren Wilcke, Teuscher, Zistig, Förster, Rehbach, Monato, Schreiber, Eckhardt, Pahl, Kriwat und Schmaus. Die nächste Aufführung der „Rose von Stambul" findet am Freitag statt. Sonnabend „Der fliegende Holländer". Der Feiertags-Spielplan bringt am Pfingstsonntag Mozarts „Zauberflöte", am Pfingstmontag „Die Rose von Stambul". Als Fremdenvorstellungen zu ermäßigten Preisen kommen am Pfingstsonntag nachmittag das Schauspiel „Alt-Heidelberg", am Pfingstmontag das Lustspiel „Meine Frau, die Hofschauspielerin" zur Aufführung.

Aus der Provinz.

Landwirtschaftsurlaub an Volksschüler.

Abermals haben Behörden auf die Notwendigkeit vermehrter Urlaubserteilung an Volksschüler hingewiesen, falls deren Hilfe in der Landwirtschaft notwendig sei. Der Erlaß ist von der ländlichen Bevölkerung vielfach so verstanden worden, als sei die Schulpflicht aufgehoben, und wer seine eigenen oder die Kinder anderer Leute notwendig in der Landwirtschaft gebrauchen müsse, könne sie auch ohne Erlaubnis zu Hause behalten. Zumeist sind die Landleute wenigstens so freundlich, die gewünschte Erlaubnis vom Lehrer, Schulleiter oder Schulinspektor einzuholen, glauben aber, daß sie eigentlich nicht nötig haben, sie zu erbitten, sondern, daß sie erteilt werden muß, wenn sie im landwirtschaftlichen Interesse gefordert wird. Das ist ein Irrtum. Rechtlich hat sich durch die Regierungserlasse bezüglich der Urlaubserteilungen weiter gar nichts geändert, als daß die Zahl der Schultage, für die Erlaubnis erteilt werden kann, größer geworden ist. Eine Höchstzahl von Erlaubnistagen gibt es nicht mehr. Auch ist den Erlaubniserteilern eine wohlwollende Prüfung der Gründe angeraten, d. h., sie sollen in dieser Zeit und bei dem Mangel an Arbeitskräften einmal eine Erlaubnis auch da erteilen, wo sie sie sonst versagt hätten. Der Mangel an Arbeitskräften und die Unaufschiebbarkeit der Arbeit werden die Hauptentscheidungsgründe bleiben müssen. Wer nur Kinderhilfe wünscht, weil sie billiger wird, hat beispielsweise ebensowenig Anspruch auf Erlaubniserteilung als jemand, der irgendeine gut lohnende Kultur neu anlegt, weil er Kinder als Arbeitskräfte zu bekommen wünscht. Auch wird stets geprüft werden müssen, ob die Arbeit nicht in der schulfreien Zeit getan werden kann. Wo, wie häufig genug auf dem Lande, ein Lehrer zwei Klassen unterrichten muß, wird erwartet werden können, daß die Kinderarbeit tunlichst in die schulfreie Zeit gelegt wird.

Die Landarbeit muß getan werden, weil sie im Interesse der Volksernährung nötig ist, und die Schule muß ein Auge zudrücken, wenn sie für die Arbeit Kinder hergeben muß. Aber es ist doch nicht an dem, daß die Landleute nur zu verlangen haben. Wo eine Notwendigkeit vorliegt, wird Erlaubnis erteilt werden, sonst muß sie abgeschlagen werden, von Rechts wegen.

Merseburg. Sicherung der städtischen Schulen. Die Türen der städtischen Schulen standen bis vor kurzem in der Hauptsache offen, auch wenn ein ständiger Verkehr von Schülern nicht stattfand, und zwar deswegen, weil fast nirgends entsprechende Klingelleitungen sich befanden. Wenn die Türen trotzdem geschlossen waren, so konnten sie doch durch einfaches Aufklinken geöffnet werden. Auf diese Weise war natürlich die Möglichkeit von Diebstählen im Schulgebäude durch Eindringen von der Straße aus gegeben, und es sind auch derartige Diebstähle vorgekommen, für die die Stadt haftbar gemacht worden ist. Deshalb wurde angeordnet, daß die Türen der Schulgebäude nach den Straßen hin nur so lange offen bleiben dürfen, als dies für den Schulbetrieb unbedingt notwendig ist, also nur während der Pausen und höchstens 10 Minuten vor Unterrichtsbeginn. Bei Unterrichtsbeginn müssen die Türen sofort geschlossen und dürfen erst bei Beginn der Pause oder bei Schulschluß wieder geöffnet werden. Außerdem sind die Klinken abgenommen und durch Drücker ersetzt worden. Durch diese Maßnahmen, die aber bei der jetzigen Unsicherheit durchaus notwendig waren, war weiter bedingt, daß in denjenigen Schulen, in denen sich noch keine Klingelleitung von der Haustür zum Pförtner befand, eine solche angelegt wurde. Das ist denn auch geschehen, und dafür hat der Magistrat 230 M. aufwenden müssen.

— Die Verpachtung der städtischen Wiesengrundstücke fand jetzt im Rathause statt und hatte viele Pachtlustige angelockt. Auch hierbei wurden wieder sehr hohe Pachtpreise geboten. Für ein Wiesengrundstück, das z. B. im Vorjahre 130 M. Pacht ergeben hatte, boten hiesige und auswärtige Pächter 450 M. Bei dieser unsinnigen Preissteigerung ist es natürlich kein Wunder, daß die Preise für Heu eine weitere Steigerung erfahren.

Merseburg. Einem Betrüger fiel in vergangener Woche eine hiesige Fabrik zum Opfer. Beim Werkmeister erschien ein Arbeiter, der am Vormittage Kohlen abgeladen hatte, und erbat sich für einige Augenblicke einen Handwagen. Mit diesem blieb er dann spurlos verschwunden. Nachfragen bei dem angegebenen Arbeitgeber ergaben, daß die Firma um den Wagen, der einen Wert von 100 Mark hatte, bestohlen worden war. Der Arbeiter war etwa 32 bis 35 Jahre alt, hatte dunkelblonden Schnurrbart und ist etwa 1,65 Meter groß. Angaben, die zur Ermittlung des Diebes und Herbeischaffung des Wagens führen, sind dem Polizeiinspektor zu machen.

— Freiwillig aus dem Leben schied das Dienstmädchen Wollzog von hier, das in einem Geschäft in der Burgstraße in Diensten war. Seit zirka 10 Tagen wurde das Mädchen vermißt. Es hatte den Tod in der Saale gesucht und gefunden. Am Sonntag wurde die Leiche des Mädchens in Beuchlitz aus der Saale gelandet. Der Grund für diesen Schritt ist unbekannt.

— Vermißt wird seit Sonnabend der 82 Jahre alte Invalid Karl Hofmann, Schmale Straße 16 hier wohnhaft. Er ist von einem Spaziergange nicht zurückgekehrt. Die Angehörigen nehmen an, daß er sich verirrt hat. Etwaige Angaben wolle man den Angehörigen, Schmale Straße 16, oder dem Polizeiinspektor machen.

Zeitz. Die Auszahlungen der Unterstützungen an die Angehörigen der im Felde stehenden Krieger erfolgt auf die Zeit vom 16. bis 31. Mai im Zimmer Nr. 38 des Rathauses. Donnerstag, den 16. Mai vormittags von 8 bis 11½ Uhr die Zahlkarten Nr. 1 bis 1200, nachmittags von 3 bis 5 Uhr die Zahlkarten Nr. 1201 bis 2100, Freitag, den 17. Mai vormittags von 8 bis 11½ Uhr die Zahlkarten Nr. 2101 bis 3500, nachmittags von 3 bis 5 Uhr die Zahlkarten Nr. 3501 bis 4300, Sonnabend, den 18. Mai vormittags von 8 bis 11½ Uhr die Zahlkarten über Nr. 4300.

Wittenberg. Tödlich verunglückt. Ein Opfer seines Berufs wurde der in den 50er Jahren stehende Eisenbahnassistent Loose. Als kurz vor Annäherung der um 3 Uhr 8 Minuten aus der Richtung von Bitterfeld fälligen Personenzuges 803 der Beamte nicht auf seinem Posten war, wurde nach seinem Verbleib nachgeforscht und er tot zwischen den Schienen des Gleises 2 vor dem Empfangsgebäude aufgefunden. Jedenfalls ist das Unglück, von dem niemand etwas gesehen hat, dadurch entstanden, daß der sehr vorsichtige Beamte nach Abfertigung des Zuges 802 die Gleise hat überschreiten wollen, dabei von einer rangierenden Maschine erfaßt und überfahren worden ist.

Wittenberg. Pferd mit Wagen gestohlen. Bei einem hiesigen Spediteur wurde von einem unbekannten Manne ein Kutschwagen mit Pferd zum Kaufe angeboten. Da anzunehmen war, daß Pferd und Wagen gestohlen waren, wurde die Polizei benachrichtigt, die den Mann in Haft nahm und feststellte, daß es sich um einen Bruno Eichendorf aus Hartmannsdorf handelt, der dort auf einem Gut den Stall erbrochen und daraus das Pferd mit dem Wagen gestohlen hatte. Hier versuchte E. dann die Beute zu Geld zu machen.

— Treibriemendiebstahl. Aus der Tischlerei mit Motorbetrieb des Herrn Essebier in der Adlerstraße ist vor einiger Zeit von einem Diebe, dem man auf der Spur zu sein scheint, ein 3 Meter langer und 7 Zentimeter breiter Treibriemen gestohlen worden.

Tagung deutscher Zahnärzte.

Am 6. und 7. Mai fand in Nürnberg die 25. Hauptversammlung des Vereinsbundes deutscher Zahnärzte in Anwesenheit des Beauftragten der bayrischen Staatsregierung und des Vertreters des preußischen Ministeriums des Innern statt. Vertreten waren 35 Vereine mit 104 Stimmen. An wichtigen Standesfragen wurden behandelt: die Vor- und Ausbildung der Zahnärzte, sowie die zur Förderung des zahnärztlichen Standes in Vorschlag zu bringenden Maßnahmen. Es soll nach wie vor die Erreichung des Dr.-Titels im eigenen Fach nach abgeschlossenem zahnärztlichen Studium erstrebt werden. Für die Kriegshilfe, die Unterstützungskasse Deutscher Zahnärzte und das Zahnärztehaus wurden größere Summen bewilligt. Es folgte dann eine rege Aussprache über Schaffung von Militärzahnärzten in Friedenszeiten. Die Neuwahl des Vorstandes, des Syndikus, der Mitglieder des Bundesehrengerichts und der Ausschüsse wurden vorgenommen. An die Verhandlung schlossen sich die Beratungen des Wirtschaftlichen Verbandes deutscher Zahnärzte an. Aus der inhaltsreichen Tagesordnung verdient hervorgehoben zu werden: die Aussprache über Mittel zur Förderung des zahnärztlichen Standes, wobei unter anderem betont wurde, daß auch der Wirtschaftliche Verband sich die Erstrebung des Dr.-Titels im eigenen Fache nach abgeschlossenem zahnärztlichen Studium zum Ziel gesetzt hat, damit dem zahnärztlichen Stande dasselbe Recht zuteil wird, welches andere akademische Stände schon lange besitzen.

Die Versammlung besprach ferner die Schulzahnpflege und ihre Ausdehnung auf die gesamte Jugend Deutschlands, die bei der großen Ausdehnung der Zahnverderbnis schon im jugendlichen Alter unbedingt nötig ist. Vom dritten Lebensjahr an sollten die Zähne der Kinder untersucht und womöglich behandelt werden. Die Anstellung von Schulzahnärzten solle möglichst in allen Städten erstrebt werden. Um diese Bestrebungen zu unterstützen, trat der Wirtschaftliche Verband dem Zentralkomitee für Zahnpflege in den Schulen als korporatives Mitglied bei.

Gewerkschaftliches.

75 Millionen Mark Lohnerhöhung.

Der Holzarbeiterverband hat im Jahre 1917 um rund 22 000 Mitglieder zugenommen und zählte deren am Jahresschluß über 90 000. Abzüglich der Gefallenen und Wiederentlassenen stehen 98 500 Verbandsmitglieder unter den Waffen. Der Kassenüberschuß des Jahres 1917 beträgt mehr als ¾ Millionen, und der Kassenbestand hat mit 7¾ Millionen die vor dem Krieg erreichte Höhe überschritten. An Unterstützungen hat der Verband während des Krieges über 10 Millionen Mark ausgezahlt, darunter 2 Mill. an die Familien der Kriegsteilnehmer.

Aber wunderbarer als diese günstigen Zahlen, die man ähnlich ja auch in andern Verbänden findet, sind die Erfolge der Lohnkämpfe im Jahre 1917. An 1013 Lohnbewegungen waren 155 412 männliche und weibliche Arbeiter beteiligt; die meisten Lohnbewegungen verliefen ohne Streik, doch wurden auch 50 Angriffsstreiks und drei Abwehrstreiks geführt und eine Aussperrung durchgemacht. Der Erfolg der Bewegungen betrug neben Arbeitszeitverkürzungen und Abwehr versuchter Verschlechterungen für 128 868 Arbeiter eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 11.74 M. in der Woche. Die Lohnerhöhung, die erzielt wurde, beträgt insgesamt in der Woche anderthalb Millionen Mark oder, das Jahr zu 50 Wochen gerechnet, 75 Millionen, genau 75 319 650 M. Gestützt auf diese Zahlen kann der Holzarbeiterverband gewiß erfolgreich an die notwendige weitere Werbearbeit gehen.

Soziales.

Originelle Entscheidung eines Mietseinigungsamtes.

Eine eigenartige Entscheidung fällte das Mietseinigungsamt von Wilmersdorf bei Berlin. Dem Mieter, einem Kammergerichtsrat, war die mit 1775 M. bezahlte Wohnung unter Steigerung auf 2000 M. gekündigt worden. Er rief das Einigungsamt an, da er nur 1900 M. bewilligen wollte. Das zum Schutze der Mieter eingesetzte Einigungsamt ging aber sogar über die Preisforderung des Hauswirts hinaus und setzte die Miete auf 2100 M. fest. Auf Vorhalt erklärte der Vorsitzende, er halte das Amt, wie alle Vorsitzenden des Einigungsamts Wilmersdorf, zu einer Ueberschreitung der Forderung des Vermieters für berechtigt.

Gegen diese, Sinn und Zweck der Mieterschutzverordnung auf das schwerste gefährdende Stellungnahme eines Mietseinigungsamtes muß, so schreibt der Mieterverein des Groß-Berliner Westens, auf das schärfste protestiert werden. Die Hauswirte nehmen gewiß ihre Interessen schon genügend in der Bemessung der Mietsforderung wahr, so daß ihnen nicht noch das Einigungsamt über ihre eigenen Wünsche hinaus zu helfen braucht. Juristisch ist die Entscheidung schon deswegen nicht zu halten, weil der Fundamentalsatz des deutschen Prozeßrechtes, daß der Richter an die Anträge der Parteien gebunden ist, verletzt ist. Der Mieterverein des Groß-Berliner Westens, dessen Schutz der Betroffene anrief, hat sich sofort mit den erforderlichen Anträgen an die maßgebenden Behörden zur Bekämpfung dieser neuen, schwere Gefahr für die Mieter bildenden Auffassung gewandt und die übrigen Mietseinigungsämter in einem Rundschreiben um ihre Stellungnahme zu der Frage ersucht.

Die Entscheidung des Wilmersdorfer Mietseinigungsamtes wird nicht nur bei dem Kläger, einem höheren Richter, sondern bei allen Unbefangenen ein bedenkliches Schütteln des Kopfes hervorgerufen haben. Wenn die Mietseinigungsämter öfter derartige Weisheiten ans Tageslicht bringen sollten, dann könnte man sich auch vor dieser Kriegseinrichtung bekreuzigen. Man darf aber hoffen, daß diese Entscheidung ein Ausnahmefall bleiben wird.

Aus der Partei.

Abonnentenzunahme des „Hamburger Echo".

Die Auflage des Hamburger Echo stieg im Laufe des Jahres 1917 von 51 000 auf 56 000 und in den ersten Monaten des laufenden Jahres auf 60 000. Durch diesen Zuwachs von 9000 Abonnenten hat auch das Hamburger Echo seinen Friedensstand wieder erreicht.

Ein kalter Wasserstrahl nach Düsseldorf und Solingen.

Der journalistische Hans Huckebein, den Gott in seinem Zorne auf den Redaktionsschemel der unabhängigen Bergischen Arbeiterstimme gewirbelt hat, brüstete sich in einer der letzten Nummern dieses Blattes mit dem Abonnentenzuwachs, die die Stimme nach der Desannexion der Düsseldorfer Volkszeitung (angeblich) in Düsseldorf erhalten habe. Er fügte hinzu, bald werde man von Solingen auch der Rheinischen Zeitung in Köln „unangenehm" werden. Die Rheinische Zeitung antwortet darauf:

„Setzen wir einmal voraus, an den „in Düsseldorf zur Zeit 10 000 Lesern" fehle nicht ein einziger, dann ist wohl die Frage erlaubt: wo sind denn die fehlenden 15 000 Bezieher geblieben, denn rund 25 000 Bezieher hatte die Düsseldorfer Volkszeitung vor dem Kriege. Entweder war also das Düsseldorfer Blatt durch seine bejammernswerte unfähige Leitung während des Krieges völlig heruntergewirtschaftet, dann war der endlich vorgenommene operative Eingriff dringend nötig, oder 10- bis 15 000 Bezieher des Blattes haben sofort auf die geistige Nahrung aus Solingen verzichtet. Wir sind gewiß: in spätestens zwei bis drei Monaten wird die Bergische Arbeiterstimme über ihre Bezieherzahl in Düsseldorf ebenso vorsichtig schweigen wie über ihre Bezieherzahl in Köln.

Demnächst will sie auch uns „unangenehm" werden. Wirklich? Die verehrte Solinger Stimme wird uns jetzt schon „unangenehm", indem sie ohne Quellenangabe mehr aus unserm Blatte abdruckt, als uns lieb ist. . ."

An unsere auswärtigen und Post-Abonnenten.

Beschwerden über unpünktliches Zustellen der Volksstimme sowohl als auch über Fehlen einzelner Exemplare an der überwiesenen Anzahl sind stets bei dem Postamt des betreffenden Ortes anzumelden.

Beschwerden beim Verlag verzögern nur die Regelung der Angelegenheit, die nur auf postalischem Wege erfolgen kann. **Der Verlag der Volksstimme.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180515-18/fragment/page=0006